1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 9 vom 1. März 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

Ex und hopp?

Die „umfassende Rentenreform", die Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ins Gespräch gebracht hat, nimmt bereits deutliche Formen an. Der erste Schritt war die Aufgabe der Bruttolohnbezogenheit der Rentenberechnung. Als zweiter Schritt werden jetzt ganz ungeniert Überlegungen verkündet, das Rentenalter wieder zu erhöhen.

Freiwillig solle das geschehen, wenn überhaupt. Für nach 1987 geplant werden jetzt bereits der Rahmen abgesteckt und Dinge in die Debatte gebracht, die das Wesen dieser Gegenreform demonstrieren. Wobei, wie üblich, gelogen wird. Denn: Freiwillig kann auch heute schon bis zum 67. Jahr gearbeitet werden, das sieht die flexible Altersgrenze vor. Die Bestimmung heißt: zwischen 63 und 67 Jahren kann in die Rente gegangen werden. Finanziellen Anreiz dazu gibt es auch bereits. Die länger bezahlten Jahre führen selbstverständlich zu einer höheren Rente.

Die bisherige freiwillige Entscheidung war mehr als eindeutig. Noch nicht einmal 1 Prozent aller Versicherungsnehmer arbeiten über 65 Jahre hinaus. Ganz so freiwillig, wie jetzt betont wird, wird es also wohl nicht gehen. Die Forderungen der Arbeiterbewegung, eigentlich überflüssig zu betonen, gehen sowieso auf Senkung des Rentenalters. Und selbst als theoretisches Modell setzt eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit die weitgehende Beschränkung der Arbeitslosigkeit voraus -- das zeigen heutige Praktiken des Vorruhestands und der Arbeitslosigkeit, deren Kosten auf die Renten übergewälzt werden. Ob ein solches Ziel wirklich angestrebt wird, oder ob es nur darum geht, für grundsätzliche Änderungen allgemein einen Boden zu bereiten, das wird sich erst in der weiteren Auseinandersetzung zeigen. Arbeiten bis zum „Ex" -- dieser Regierung wäre es zuzutrauen.

Blüm für mehr Flexibilisierung

Samstags — nie!

Ein Faschingsscherz, wie es mancher in der letzten Woche abtun wollte, was es bestimmt nicht. Blüms Vorstoß, die Wochenarbeitszeit auch unter Einbezug der Wochenenden mehr zu flexibilisieren, entspricht den Forderungen wichtiger Teile des Kapitals. Auseinandersetzungen um Samstagsarbeit hatten ja beispielsweise bei Blohm und Voss bereits zum Streik geführt.

Diese Forderung, mehr Arbeit am Samstag, gerade jetzt verstärkt in die öffentliche Diskussion zu bringen entspricht durchaus dem Stand der Dinge. Nach der grundsätzlichen Einführung flexibler Arbeitszeiten (und kurz zuvor war dies ja in wichtigen Betrieben der Automobilindustrie konkret beschlossen worden) und betrieblichen „Samstagsattacken" ist die öffentliche Propagierung der logische nächste Schritt.

Die Reaktionen aus dem DGB und den Einzelgewerkschaften waren natürlich ablehnend. Neben grundsätzlicher Ablehnung, neben dem Verweis auf das erkämpfte freie Wochenende, dem Verweis auf die Tatsache, daß es zu viel und nicht zu wenig Samstagsarbeit gebe, standen auch solche Argumente wie die Einführung einer normalen Samstagsarbeit sei volkswirtschaftlich schädlich.

Letzteres Argument kam ausgerechnet vom IGM-Vorstandsmitglied Hans Janßen -- der ja nun an dem Abschluß, der die Flexibilisierung ermöglicht, nicht unwesentlich beteiligt war.

Sich auf eine Debatte über das „Kriterium" volkswirtschaftliche Auswirkungen als erstes einzulassen, bedeutet in der Tat keinen Beitrag zur Stärkung einer Widerstandsfront gegen die Ausweitung und weitere Durchsetzung von Flexibilisierung. Die bisher stattgefundenen betrieblichen Kampfaktionen weisen da in die richtige Richtung, in die solch ein Widerstand gehen muß.



Bergarbeiterstreik

London: 80 000 demonstrieren

Als nach elfeinhalb Monaten Streik in der vergangenen Woche wiedereinmal Verhandlungen der britischen Bergarbeitergewerkschaft mit der staatlichen Kohlebehörde gescheitert waren, demonstrierten die Bergarbeiter ihre Stärke. Während die bürgerliche Presse nur von einer zunehmenden Anzahl von Streikbrechern berichtete, gingen in London 80 000 Menschen auf die Straße.

Bei der Großkundgebung in London waren nicht nur Bergarbeiter aus allen britischen Revieren erschienen, auch Arbeiter und Gewerkschafter aus anderen Branchen unterstützten die Kumpel. Der Kampf um die Arbeitsplätze im Bergbau ist auch ihr Kampf. Auf Transparenten war zu lesen: *„Unterstützt die Bergarbeitergewerkschaft"* oder *„Gebt uns eine Zukunft"*. Arthur Scargill, der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft NUM forderte die Kohlebehörde auf, unverzüglich Verhandlungen ohne jegliche Vorbedingungen aufzunehmen.

Scargill sagte in seiner Rede: *„Unsere Forderung ist einfach und klar wie am ersten Streiktag. Wir wollen Jobs für die Bergarbeiter. Wir wollen Schluß machen mit der Arbeitslosigkeit."* Gegen Polizeieinsätze bei dieser Demonstration wehrten sich die Teilnehmer, vier Polizisten, zwölf Demonstranten wurden verletzt, über hundert Menschen festgenommen.

Zu den Berichten über die hohe Anzahl der Arbeiter, die den Streik aufgeben würden, sagte ein Sprecher der NUM, es würde hoher Druck ausgeübt, doch sei es Tatsache, daß weiterhin 95 Prozent der Bergarbeiter loyal zum Streik stünden.

AUFRUF!



Bundesweite
Kundgebung
Solidarität mit den britischen Bergarbeitern
Rhein-Ruhr-Halle Duisburg
9. März 1985
Beginn: 14.00
Ende: 20.00

An die Genossinnen und Genossen der KPD
An die Freunde unserer Partei und die Leser unserer Zeitung

Liebe Genossinen und Genossen, liebe Freunde,
in Anbetracht sowohl der Entwicklung des Streiks der britischen Bergarbeiter als auch — und dies besonders — der Entwicklung der Auseinandersetzung um die Solidarität mit diesem Streik innerhalb des DGB, halten wir es für wichtig, die Duisburger Veranstaltung nach Kräften zu unterstützen.
Wir rufen euch deshalb auf: Kommt nach Duisburg, demonstriert Solidarität, mobilisiert für die Veranstaltung!

Das Politbüro der KPD

Dollar-Hochkurs

Reagan droht mit Einfuhrbeschränkungen

Immer neue Höhen erreicht der amerikanische Dollar. Am Dienstag dieser Woche hatte er 3,45 Mark erreicht, lag, historisch einmalig, bei rund 1:1 mit dem britischen Pfund. Was bedeutet dieser Kurs und welche Entwicklungen können sich daraus ergeben?

Reagans Ausführungen bei der ersten Pressekonferenz seiner zweiten Amtszeit waren nicht so allgemein und unverbindlich, wie es in den meisten Berichten dargestellt wurde. Mit seiner These, nicht die Stärke des Dollars, sondern die Schwäche der Währungen der „Partnerländer" sei Ursache des immer höheren Kurses forderte er also von den sogenannten Partnern Maßnahmen. Und wenn diese nicht handeln, dann müssen sich die USA eben „verteidigen" das heißt, Einfuhrbeschränkungen beschließen. Dadurch wäre zum Beispiel der bundesdeutsche Export in die USA, eine der Hauptursachen für den „Aufschwung der Profite", entscheidend behindert.

Der Hochkurs des US-Dollars hat heute ganz andere Ursachen als früher: Einst war dies Ausdruck von Produktivitätsvorsprüngen und Golddeckung. Heute steht dahinter keine Substanz -- außer den hohen US-Zinsen. Die natürlich, ganz im Gegensatz zu dem, was in der bürgerlichen Presse stets behauptet wird, keinesfalls völlig willkürlich so hoch gesetzt sind. Der Hochzins ist Ergebnis der ungeheuer negativen US-Bilanz sowohl was den Bundeshaushalt anbetrifft, als auch die Leistungsbilanz. Das Haushaltsdefizit von vier Jahren Reagan beläuft sich auf die utopisch anmutende Summe von 650 Milliarden Dollar -- es wird zu einem bedeutenden Teil von den internationalen Banken gedeckt, auch die Multis sind Nettogläubiger.

Im Zusammenhang mit der seit Jahren andauernden internationalen Schuldenkrise der sogenannten dritten Welt birgt diese paradoxe Entwicklung (daß der Dollar stark ist, weil er schwach ist) eine möglicherweise explosive Mischung. Turbulenzen deuten sich an und man wird, beispielsweise beim Weltwirtschaftsgipfel, sehen können, ob und welche Auseinandersetzungen Form gewinnen.

Demonstration: Kommunales Wahlrecht für Ausländer in Westberlin

Am kommenden Samstag, dem 9. März, am Vortag der Senatswahl in Westberlin findet dort eine Demonstration für das kommunale Wahlrecht für Ausländer statt. Den Aufruf einer Vielzahl von Organisationen, darunter die Alternative Liste unterstützt auch die Westberliner Organisation der KPD. (Genaue Abmarschzeit und -ort sind auch über das Parteibüro der KPD zu erfahren).

FDP untermauert Profil

Liberales Manifest — für Kapitalistenfreiheit

Zwei Wochen vor den Landtagswahlen im Saarland und den Senatswahlen in Westberlin, im Vorfeld der Landtagswahlen in NRW fand am Wochenende der 36. Bundesparteitag der FDP in Saarbrücken statt. Neben der Wahl eines neuen Parteivorsitzenden standen im Zentrum der Arbeiten dieses Kongresses die Bemühungen, das Profil der Partei noch deutlicher zu machen.

Das Profil, das hier verschärft gezeichnet wurde, ist eindeutig das einer klassischen wirtschaftsliberalen Partei. Die Losung der „individuellen Freiheit", die hier immer wieder (sowohl im Manifest als auch in den Reden Genschers und Bangemanns) dem „Kollektivismus" und dem „Wohlfahrtsstaat" entgegengehalten wurden, sind in dieser Ausprägung klassische Positionen des kapitalistischen Freiheitsbegriffs.

Der Angriff auf den „Wohlfahrtsstaat" ist die ideologische Grundlage für Sozialabbau und Gegenreform des Sicherungssystems. „Jeder ist seines Glückes Schmied" — und wer arbeitslos, alt, krank ist, hat eben selbst schuld, wenn er nicht genügend Geld hat, aus dieser Lager herauszukommen. Das ist der grundsätzliche Angriff auf die sozialen Reformforderungen der Arbeiterbewegung, die natürlich nur über die Politik, also auch den Staat (und nicht etwa, wie bei den Kapitalisten, über die wirtschaftliche Macht) zu erfüllen sind.

Der Angriff auf den „Kollektivismus" ist im Kern die Attacke gegen die gewerkschaftliche Organisierung. Der Arbeiter als Individuum in Konfrontation mit dem Kapitalisten als Individuum ist unorganisiert ebenso wehrlos, wie dies auch für die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalistenklasse zutrifft.

Die FDP profiliert sich so als eine reine „Wirtschaftspartei", die ihre politische Stoßrichtung gegen die organisierte Arbeiterbewegung und deren Errungenschaften ausrichtet. Der Unterschied zur CDU/CSU ist, daß sie dies in viel offenerer Weise tut und tun kann, da sie wenig demagogischen Spielraum benötigt, um ihre Klientel zu erreichen.

Das ist der Weg, den die FDP gehen will. Forderungen des sogenannten politischen Liberalismus im Sinne klassischer bürgerlicher Freiheiten für alle spielen da nur — wenn überhaupt — noch eine untergeordnete Rolle. Ob damit ein politisches Überleben der FDP als eigenständiger Partei gesichert werden kann, erscheint fraglich, zumal unter Bedingungen, wenn sich die Krise weiter zuspitzen sollte. Geschichtliche Erfahrungen müssen sich nicht wiederholen, zeigen aber eine Tendenz zur Marginalisierung solcher Art von Parteien bei Verstärkung der Krise im politischen Bereich.

Diesem Charakter entsprechend waren die aktuellen Losungen, die auf diesem Parteitag diskutiert wurden vor allem die, die kurz zuvor von den Kapitalistenverbänden erneut erhoben worden waren — in erster Linie nach Senkung des Spitzensteuersatzes (den ohnehin keiner bezahlt, da sind die legalen Schlupflöcher vor). Eben diese Forderung hatte zur Jahreswende der BDI ausdrücklich als Zielsetzung angegeben, in der Vorwoche war sie vom DIHT ganz entschieden *aufgenommen worden.*

Selbstverständlich war es von jeher falsch, in dieser FDP von „Linken" zu sprechen. (Die gab es höchstens im früheren Jugendverband). Was aber auf diesem Parteitag endgültig deutlich wurde ist, daß die einstigen „Anhänger" einer sozial-liberalen Partnerschaft sich entweder endgültig von dieser Haltung abgewandt haben oder aber nicht einmal mehr am Rande eine Rolle spielen.

Der Saarbrücker Parteitag hat präziser und programmatisch dargestellt, was — in der Öffentlichkeit spätestens seit der „Wende" — seit langem deutlich war, daß diese FDP eine Partei der extrem sozialen Reaktion ist.

EM in der BRD?

Fußball-Drama

Der Fußball beherrschte in der letzten Woche die politische Debatte in Bonn und der ganzen Republik. Kein spannendes Endspiel ist da gemeint, auch nicht Nazi-Parolen in Stadien oder dubiose Spielerkäufe. Gemeint ist: Westberlin. Bei der EM 1988, die in der BRD stattfinden soll, wird im Berliner Olympia-Stadion kein Spiel ausgetragen werden.



1974 in Westberlin: Das skandalträchtige Eröffnungsspiel BRD-Chile, als Demonstranten mit Losungen wie „Chile-si, Junta-no" von der Polizei überfallen wurden.

Die Allparteienkoalition entstand sofort: Der SPD-Parteivorstand war empört, die Westberliner SPD warf Bundesregierung und Senat eine ständige Vernachlässigung Berlins vor; die CDU war ebenso empört (der FDP fehlte in Vorbereitung ihres Parteitages wohl die Zeit, ihre Empörung kund zu tun). Am klarsten umriß einmal mehr die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die Position: Erstens sei es etwas grundsätzlich anderes, ob in Hamburg oder Dortmund keine Spiele stattfinden würden oder in Westberlin. Hier habe die sowjetische Salamitaktik wieder ein Stück Bindung zwischen der BRD und Westberlin abgeschnitten, DFB-Chef Neuberger hätte sich sowjetischem Diktat unterworfen, alle bundesdeutschen Bürger müßten sich mehr als Berliner fühlen.

Der arme Mann. Seit langem im Visier der Linken, nicht zuletzt aufgrund der reichlich ungebrochenen Funktionärstradition aus der Vorkriegszeit, die im DFB praktiziert wurde. Immer auch wegen seines geschäftlichen Imperiums, das er sich aufbaute, seit er mit 31 Jahren Chef des Fußballverbandes an der Saar wurde. Und am meisten wegen seiner Bücklinge vor dem argentinischen Diktator Videla anläßlich der WM 78. Als langjähriges CDU-Mitglied von dieser Seite stets gedeckt, sieht er sich nun von allen verlassen. 74, bei der WM im Lande, da erfüllte er noch seine vaterländische Pflicht, das bundesdeutsche Eröffnungsspiel gegen Chile wurde in Westberlin mit dem Polizeiknüppel gegen Proteste geschützt. Jetzt hat auch er sich über den Tisch ziehen lassen. Die das am lautesten schreien, wie die Springer-Presse, die werfen ihm jetzt sogar das vor, wofür sie ihn 78 gelobt haben, sein Verhältnis zu General Videla — Undankbarkeit ist der Welt Lohn.

Die das am lautesten schreien haben bereits mit dem Olympia-Boykott 1980 gezeigt, daß ihre langjährige Behauptung, Sport und Politik müßten getrennt werden, pure Heuchelei war. Jetzt fordern sie aus Anlaß der Europameisterschaft 88 erneut eine politische Demonstration — für die „Berliner Zugehörigkeit zur BRD". Unsere Partei ist damals gegen diesen Boykott aufgetreten, weil wir ihn als Akt reaktionärer politischer Mobilisierung verstanden haben, und so ist es auch diesmal.

Franz Beckenbauer übrigens, sieht's pragmatisch. Hauptsache EM bei uns. Damit entfällt die Qualifikation und er gewinnt Zeit, eine neue Mannschaft aufzubauen. Da ist ihm Westberlin wurscht.

Dieses Fußball-Drama ist in der Tat eine politische Farce. Eine solche Aufmerksamkeit konnte es nur in Zeiten der Hochkonjunktur für Ostland-Ritter bekommen.

Demonstration in Köln

Frauen gegen § 218

Mehrere tausend Frauen aus der gesamten Bundesrepublik demonstrierten am letzten Samstag in Köln gegen Pläne, die Abtreibung auf Krankenschein abzuschaffen und forderten die ersatzlose Streichung des § 218. Anlaß für die Demonstration war die Entscheidung gegen die Fristenlösung, die das Bundesverfassungsgericht vor 10 Jahren getroffen hatte. Aufgerufen zu der Demonstration hatten zahlreiche Organisationen, darunter auch die GEW und die ÖTV.

Anni Kaufmann vom Hauptvorstand der ÖTV sprach auch auf der Abschlußkundgebung, wo sie unter großem Beifall den auf dem letzten Gewerkschaftstag der ÖTV angenommenen Antrag zum § 218 verlas. Außerdem waren auf der Kundgebung durch Rednerinnen vertreten: die autonome Frauenbewegung, pro familia, die Grünen. Als letzte sprach Alice Schwarzer. Nach ihrem Redebeitrag wurde das Mikrophon für andere Beiträge freigegeben. In allen Redebeiträgen wurde betont, daß die gegenwärtigen Angriffe auf den geltenden § 218 in einer Reihe stehen mit anderen Versuchen der Wende-Regierung, den Frauen den Freiraum, den sie sich in den letzten Jahren erkämpft haben, wieder streitig zu machen und sie in die Rolle des duldsamen Hausmütterchens zu zwingen.

Eine Gegendemonstration unter dem Motto „Ehrfurcht vor dem Leben", zu der u. a. die berüchtigte „Bewegung für das Leben" aufgerufen hatte, brachte es gerade auf 300 Teilnehmer.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Brandt und Vogel spekulieren

SPD: Neue Träume

Ausgerechnet Äußerungen von Strauß und Zimmermann wurden von führenden Vertretern der SPD, wie Willy Brandt, Peter Glotz und Jochen Vogel zum Anlaß genommen, Spekulationen über eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und SPD an die Öffentlichkeit zu tragen.

Jochen Vogel hat nun plötzlich erkannt, daß sich die Grünen in den letzten Wochen verstärkt als unfähig zur Zusammenarbeit erwiesen hätten, weshalb konnte er nicht sagen.

Glotz und Brandt bezogen sich bei ihren — vorsichtig formulierten — Angeboten an die CDU/CSU auf die Äußerungen von Strauß (in Passau!) und von Zimmermann (über die Volkszählung).

Zimmermanns Aussage, daß es ohne die Unterstützung der SPD keine Volkszählung geben werde, ist ja nun keineswegs so einfach so zu verstehen, wie Glotz das haben wollte. Ohne die SPD gehe es nicht. Die Interpretation, daß einerseits manche Dinge mit der SPD besser gehen würden, liegt da nahe — zumal bei einer Volkszählung die ja, das sollte nicht vergessen werden, aus den Schubladen der einstigen SPD/FDP-Regierung stammt.

Noch schärfer wird es, wenn ausgerechnet Strauß Passauer Rede ebenfalls in diesen Kontext gestellt wird — denn seine Aussage, für eine Zusammenarbeit seien Veränderungen bei der SPD nötig, war weder die einzige noch die wichtigste seiner dortigen Ausführungen am Aschermittwoch.

Strauß' Hetze gegen die Grünen, seine Auslassungen zur „offenen deutschen Frage" (siehe Artikel auf dieser Seite) waren eindeutige politische Stellungnahmen. Eine Zusammenarbeit mit der SPD kann es auf solchen Grundlagen nur geben, wenn diese noch weiter nach rechts rückt. Schon bisher hat die Parteiführung der SPD alles vermieden, was nach grundsätzlicher Opposition aussehen konnte, hat sich weiter als staatstragende Partei zu profilieren versucht — wenn sie auf diesem Weg weitergeht, und dafür sprechen solche Spekulationen, dann kann Zusammenarbeit mit ihr für die offene Reaktion interessant werden.

In Passau und Bonn

Friedensvertrag-Poker

Falls jemand gemeint hatte, ausgerechnet Franz-Josef Strauß hätte seine Haltung zur DDR und zur VR Polen geändert, etwa wegen der Milliardenkredite, der sieht sich nun endgültig aufgeklärt. Der Großmeister taktischer Umorientierungen unterstrich in Passau, für ihn sei „die deutsche Frage offen".

Falls jemand geglaubt hatte, es seien tatsächlich nur einzelne „Wirrköpfe" oder Altfunktionäre, die Schlagworte des Revanchismus salonfähig machen wollen, der sieht sich nun weiter aufgeklärt. Wenn der Staatssekretär im sogenannten Innerdeutschen Ministerium — auch ein „Vertriebenenfunktionär" — nun auch Ostpreußen Deutschland nennt, so ist dies eine deutliche Klärung.

Beide spekulieren mit ihren Äußerungen erneut um einen „künftigen Friedensvertrag", wie es als erster Alfred Dregger vorexerziert hatte. Die Überlegungen und Absichten, die dahinter stehen, können nur der Art sein, daß über einen solchen Friedensvertrag, der sozusagen das offizielle Ende des Hitler-Krieges bedeuten würde, die Ergebnisse eben dieses Krieges verändert werden sollen. Zugunsten des besiegten deutschen Imperialismus. Man braucht sich wahrlich nicht in eine Debatte darüber einlassen, welches Gebiet nun immer schon deutsch oder nicht gewesen sei. Die Regelungen zielten darauf ab, sicherere Grenzen zu schaffen, dauerhafte Lösungen — natürlich auf Kosten des Aggressors und nicht der Opfer. Diese Regelungen „friedlich" in Frage zu stellen, ist reine Täuschung, keine Selbsttäuschung.

Mit diesem Friedensvertrag wird gepokert — auf die Chance von Grenzrevision hin.

Zu einer aktuellen Debatte in SPD und DGB

„Maschinenbeitrag" für die Sozialversicherung?

Von den Unternehmerverbänden und — vor allem — der FDP heftigst attackiert ist in den letzten Wochen innerhalb der SPD (und des DGB) eine Forderung wieder aufgetaucht, die 1978 bereits der damalige Minister Herbert Ehrenberg verbreitet hatte: Der Maschinenbeitrag der Unternehmer speziell für die Rentenversicherung.

1. Was besagt diese Forderung?
Sie geht aus von der Feststellung, daß die Beiträge zur Sozialversicherung aktuell vor allem: Rentenversicherung) aufgrund der Arbeitslosigkeit sinken. Dabei sinken besonders die sogenannten Arbeitgeberbeiträge der Betriebe, die besonders stark durchrationalisieren



und entlassen. Niedrige offizielle Lohnsteigerungsraten ergänzen dieses Absinken der Einnahmen. Also muß eine andere Einnahmequelle her.

Die Grundüberlegung beim „Maschinenbeitrag" ist es, nicht mehr auf die Lohnsumme aufbauend Beiträge zu kassieren, sondern eben auf die gesamte Wertschöpfung, auf Maschinen, Gewinn, Zins und Abschreibung. Also müßten besonders durchrationalisierte Betriebe besonders viel bezahlen.

Der Maschinenbeitrag sei folglich nicht nur eine ergiebigere Einnahmequelle auf Dauer, sondern auch eine Hemmschwelle gegen weitere Rationalisierung und wettbewerbsfreundlich zugunsten des Mittelstandes.

2. Wie sind die bisherigen Reaktionen darauf?

Genscher nannte die Vorstellung eine „Fortschrittsstrafsteuer" — die Rationalisierung vernichtet seiner eigenartigen Ansicht nach keine Arbeitsplätze, sondern schafft neue. Die Kapitalistenverbände nannten die Forderung verfassungswidrig (wie schon so oft), weil sie einen Eingriff in die betriebliche Verfügungsgewalt und eine Abkehr vom Leistungsprinzip bedeute. Die SPD-Bundestagsfraktion nahm die Forderung nicht in ihren Gesetzentwurf auf. Innerhalb der Debatte in der SPD wurde zunehmend mehr unterstrichen, diese Umstellung solle aufkommensneutral sein, also keine größere Belastung der Unternehmen bedeuten (berechnet wurde eine Kostenverlagerung zwischen Branchen um ca. 1 Prozent des Umsatzes).

Eine Forderung also, die von vornherein abgeblockt wurde — und die nicht zuletzt aus diesem Grund sicher weiterhin Zustimmung aus linkssozialdemokratischen Kreisen und innerhalb des DGB finden wird. Vor allem aber natürlich deshalb, weil sie einige plausibel klingende Argumente für jeden hat, der irgendwie für mehr soziale Gerechtigkeit eintritt usw.

3. Was ist zur Bewertung dieser Forderung zu bemerken?

Weitgehend sinnlos ist eine solche Forderung — die im Grundsatz positiv zu bewerten ist — dann, wenn als wesentlicher Bestandteil die „Aufkommensneutralität" angegeben wird. Wenn aktuell nicht mehr eingenommen wird, bleibt die Hoffnung auf künftige Mehreinnahmen eine Spekulation mit allgemeinsten Tendenzen des Kapitalismus. Die ewige Herumrechnerei, ob eine Abgabenquote von ca. 3,68 Prozent in etwa die jetzige Abgabenhöhe von 9,1 Prozent auf die Lohnsumme ausgleichen würde, erscheint ebenso überflüssig wie demobilisierend.

In ihrer Wirkung stark beschränkt ist eine solche Forderung auch dann, wenn dieselbe Partei, die sie erheben soll, nämlich die SPD, ebenfalls am Äquivalenzrpinzip (mehr Rente für mehr Beitrag aus mehr Lohn), das BDA, CDU und FDP so wild verteidigen, (weil es für sie die politische Grundlage zur Gegenreform der Sozialversicherung ist), festhält. Eine grundsätzliche Änderung des Leitprinzips der Rentenversicherung (in dem diese „Äquivalenz"-These zwar eingeschränkt wurde — im wesentlichen durch die 72er Reform, siehe auch Artikel Seite 10f) gehört dazu, wenn von solchen Forderungen Wirkungen auf die Alterssicherung erwartet werden. Es geht darum, ob die Rente die Einkommensunterschiede des aktiven Arbeitslebens fortsetzt oder — oft genug — gar vertieft, oder ob sie dies ausgleicht und absichert. Erst dann wird eine andere Art der Einnahmepolitik wirklich sinnvoll.

Die Forderung so wie sie jetzt steht ist nur ein Beitrag zu einer Kräfteveränderung in der Sozialpolitik.

Aktuell genauso nötig erscheint es, die von Blüm eingeleitete Gegenreform zu verhindern, das bisherige System zu verteidigen und dabei die zentralen Fragen aufzuwerfen: Grundrente, einseitige Erhöhung des Arbeitgeberanteils, durchaus dauerhaft über den „Maschinenbeitrag", Erhöhung des Bundeszuschusses, Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze für Großverdiener.

Siehe dazu auch das RM-Hintergrund-Thema Seite 10: „Will Blüm das Schweizer Modell?" — zum Rentensystem

Neues internationales Handelsschiffabkommen

Sieg im Flaggenkrieg

Bei den dreiwöchigen Genfer Vorverhandlungen über ein neues internationales Abkommen zur Registrierung von Handelsschiffen setzten die kapitalistischen Staaten vor allem Westeuropas alle ihre Forderungen durch.

„Alle ihre Forderungen" mag dabei übertrieben sein: Es war im wesentlichen eine Forderung, die auch die Vertreter der BRD massiv vorbrachten. Nichts soll sich ändern.

Die Auseinandersetzung ging um die berüchtigten Billigflaggen. Liberia, Panama, Zypern, Bahamas und Singapur — unter diesen Flaggen fahren große Teile der westeuropäischen Handelsflotte.

Entwicklungsländer der Gruppe 77 hatten nun, im Vorfeld der Verhandlungen klare Forderungen gestellt: Besatzung, Geschäftsführung und Aktienmehrheit jeder Reederei sollten dem Land gehören, unter dessen Flagge gefahren wird.

Dies wäre, so die Westeuropäer, das Ende der Marktwirtschaft in der Handelsschiffahrt. Sie gestanden zu, daß ein „angemessener Teil" der Besatzung aus dem Land kommen muß, unter dessen Flagge gefahren wird, aber außer dieser Gummibestimmung machten sie keine Zugeständnisse.

Das Ende der Marktwirtschaft hätte bedeutet, Besatzungen mit höheren Heuern, schärfere Sicherheitsbestimmungen, weniger Unfälle und weniger Profit. Kein Wunder deshalb, daß auch bundesdeutsche Reeder mächtig für Druck sorgten — immerhin fahren 40 Prozent der bundesdeutschen Handelsflotte unter sogenannten Billigflaggen. Sie hatten einen regelrechten Flaggenkrieg prophezeit — und sie haben ihn blitzartig gewonnen.

Bei der nächsten Katastrophe werden auch die Reeder wieder ihre tiefe Betroffenheit zum Ausdruck bringen . . .

Stoltenberg und der Trumpf der Union

Auseinandersetzung innerhalb der Unionsparteien — um ihren „Trumpf". Der Ausbau der sogenannten Vermögensbildung soll den Plänen Stoltenbergs zufolge ganz anders aussehen, als dies die Sozialausschüsse haben wollten. Sie hatten einen starken Gegner — die Banken und Versicherungen.

Vermögensbildung — das war schon immer der Schlager der Sozialausschüsse der CDU schlechthin. Frei nach dem Motto „Laßt uns werden ein einig Volk von Kapitalisten" sollte der Arbeiter seinen sozialen Aufstieg nehmen. Mit einst 312, heute 936 Mark im Jahr. Freilich: Ganz so arg hoch sollte der Aufstieg auch wieder nicht sein. Die jetzt zur Entscheidung stehende zweite Stufe (nach der Erhöhung) sah die Bildung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften vor — stillen versteht sich, ohne Mitspracherecht und auch nur bei „soliden Mittelbetrieben". Das war das Konzept der Sozialausschüsse, auch von Blüm befürwortet.

Stoltenberg hat da radikalere Vorstellungen. Das 936-Mark-Geld soll kurzerhand im Zuge des neuen Unternehmensbeteiligungsgesetzes zum Risikokapital für neue Projekte umfunktioniert werden. Die vermögenden Arbeiter sozusagen als Kreditgeber des Kapitals. So stellte er es im Jahreswirtschaftsbericht dar. In wessen Auftrag er handelte, ist eindeutig: Banken und Sparkassen waren gegen den von der niedersächsischen Ministerin Breuel eingebrachten Sozialausschuß-Entwurf auf die Barrikaden gegangen. Dieser Entwurf sah nämlich die allmähliche Abschaffung von solch — für die Geldwirtschaft — profitablen Dingen wie Prämiensparen, Anleihen, Lebensversicherungen und Bausparverträgen als Anlagemöglichkeit dieses Geldes vor.

Ein Kompromißvorschlag für die Entscheidung Ende Februar sieht jetzt eine Kombination vor, daß Lebensversicherer und Bausparkassen und Banken im Geschäft bleiben, sofern sie das ihnen überlassene Geld in Produktivkapital anlegen.

Die Banken kommen an das Geld 'ran, Risikokapital wird auch daraus gemacht, alle werden gut bedient. Für die Arbeiter entsteht dabei höchstens eine Änderung: Weniger Prämie beim Bausparen.

Wieder einmal scheint eine mit viel Getöse angekündigte „soziale Initiative" der CDU da zu enden, wo ihre ganze Politik hinzielt: Vermögensbildung. Der Kapitalisten.

Schlaglichter: BRD '85

Prozesse

Von zwei Prozessen ist die Rede, die demnächst anstehen. Einer in Freiburg, der andere in Darmstadt.

In Freiburg soll demnächst das Verfahren gegen Mitglieder der Bunten Liste Freiburg eröffnet werden. Die Anklage: Beschimpfung religiöser Bekenntnisse.

Ein Pfarrer, der eine Gottvaterfigur als Handpuppe vor sich her trägt, war Symbol eines Plakats zur Werbung für eine „Antiklerikale Woche" im Verlauf des Kommunalwahlkampfes. Am 17. Oktober wurde dieses Plakat beschlagnahmt. Der Generalvikar des Erzbistums Freiburg hatte sich in einem Brief über das Plakat beschwert, keine Strafanzeige gestellt, das erledigten eifrige Justizorgane im Selbstlauf — obwohl die Verbindungen sind äußerst gut. Generalvikar Schlund, der „gute Satire schätzt" (und was gut ist, bestimmt der Bischof) fühlte sich vom Bürgerzorn zu seinem „sachlichen Brief" ermächtigt.

Das Plakat, keine Neuschöpfung sondern einer Zeichnung Erich Rauschenbachs nachgemacht, fällt eindeutig unter die Schutzbestimmungen für Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit und auch Glaubensfreiheit — denn diese gilt, auch wenn es manchem nicht passen mag, auch für Kirchengegner, und für Atheisten. Aber: Der Arm der Kirche ist lang geblieben und eine Trennung von Kirche und Staat hat es nie gegeben. Im Zeitalter der Wende kann eine Kritik an der Kirche offensichtlich nicht hingenommen werden — so folgt nach den vielen Zensurakten von Schülerzeitungen bis zur Presse der Gewerkschaftsjugend jetzt ein Prozeß gegen eine politische Organisation. Es wird rasch gehandelt.

Ganz anders der zweite Prozeß. Im Mai sollen vor dem Darmstädter Landgericht der Finanzamtsvorsteher (a.D.) von Offenbach-Land, Reinhold Hock, und der Steuerberater Georg Bader angeklagt werden.

Jahrelang hatte Hock in den 70er Jahren Baders serienweise gegründete Abschreibungsgesellschaften sein amtliches Plazet gegeben. 46 solcher Gesellschaften waren es an der Zahl — zur Behandlung stehen jetzt nur sieben davon, mit denen die Steuerkasse insgesamt um 134 Millionen Mark betrogen wurde.

Hock wurde 1977 — aus Gesundheitsgründen — in vorzeitigen Ruhestand geschickt. 8 Jahre später kommt es zum Prozeß. Der Grund für diese lange Zeit kann nur in dem Problem prominenter Verwicklung gesucht werden. Offenbach-Land, das Finanzamt, das bereits Ende der 70er Jahre in der Presse Hessisch-Liechtenstein genannt wurde, lag ja nicht auf dem Mond. Sowohl der Chef der Oberfinanzdirektion Frankfurt, Bachmann (SPD), als auch die SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Schmidt und Günter Metzger (heute OB in Darmstadt) als auch verschiedene hessische Landtagsabgeordnete der SPD waren verwickelt, agierten als Baders Briefträger, verhandelten mit dem damaligen Wirtschaftsminister Karry (FDP).

Millionenbetrug mit Steuergeldern — offensichtlich kein Delikt, das rasche Aufklärung erfordert und ganz selten ohne Beteiligung nicht nur von Beamten sondern auch von Politikern möglich.

Kirchenkritik und Steuerbetrug — das sind halt zwei Dinge, die von der Justiz dieser Republik ganz unterschiedlich betrachtet werden: Das eine Satans Werk, das andere — ein Kavaliersdelikt. Im schlimmsten Fall. Hock immerhin bezieht seit acht Jahren Pension.

IGM-Vorstand unterstreicht Gegnerschaft zu den Streikzielen

Vor der bundesweiten Solidaritätsveranstaltung für die britischen Kumpels am 9. März in Duisburg hat sich innerhalb des DGB und besonders innerhalb der IGM die Auseinandersetzung um die völlig unzureichende Solidarität der Gewerkschaftsführungen mit dem Streik der NUM weiter verschärft.

In einem auf Initiative des Bezirks Niederrhein der SJD-die Falken zustandegekommenen offenen Brief fordern zahlreiche Gewerkschafter, Sekretäre, Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute:

„Durch die Lieferung von Streikbrecherkohle wird die Wirksamkeit des NUM-Streiks unterminiert. Tatsächlich haben der DGB und die Einzelgewerkschaften bisher noch nichts unternommen, um die Kohlelieferungen nach England zu stoppen ... Werden die Bergarbeiter geschlagen, ist das ein Schlag gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Auch bei uns werden die Kräfte Auftrieb erhalten, die Metallern und Druckern eine Niederlage beibringen wollten. Auch bei uns gibt es eine „Wende-Regierung", die begierig ist, von den Konservativen in England zu „lernen". Unser eigenes Interesse, die internationale Solidarität und unsere Glaubwürdigkeit als Gewerkschaften gebieten: Sofortige Maßnahmen zur Verhinderung der Lieferung von Streikbrecherkohle müssen ergriffen werden!"

Der IGM-Vorstand sah sich in einem von Hans Mayr und Norbert Fischer unterzeichneten Schreiben an alle Verwaltungsstellen gezwungen, den vielfältigen Vorwürfen entgegenzutreten, die von der IGM für die Streikunterstützung der Miners gesammelten Spendengelder würden nicht sachgerecht verwendet. In seinem Rundbrief und verschiedenen Schreiben britischer Gewerkschafter kann der IGM-Vorstand zwar darauf verweisen, daß die von der IGM gesammelten Gelder in einer Reihe von Fällen zur sicher wertvollen humanitären Hilfe für die streikenden Kumpels verwandt wurden, aber der Kern der Vorwürfe bleibt eben doch bestehen: zur solidarischen Unterstützung der Streikziele der NUM werden die von der IGM an die britische Sektion des Internationalen Metallarbeiterbundes überwiesenen Gelder nicht verwendet.

Aus dem Schreiben des IGM-Vorstandes geht übrigens auch hervor, daß die auf das IGM-Konto eingezahlten Gelder einen langen Weg haben, bis sie die Miners tatsächlich erreichen. Nach Angaben von Hans Mayr und Norbert Fischer waren am 5. Februar von 900000 Mark, die auf das IGM-Konto eingegangen waren, erst 500000 Mark an die britische Sektion des IMB überwiesen. Bei den Miners waren sie damit noch lange nicht.

Daß die IGM-Führung die Streikziele der NUM ablehnt, machte im Auftrag Hans Mayrs Jutta Kneißel noch einmal in einem Schreiben an die VK-Leitung Bosch/Reutlingen deutlich. Mit diesem Brief antwortete der IGM-Vorstand auf ein Schreiben der VKL Bosch, in dem diese sich sehr kritisch mit der Haltung des IGM-Vorstandes zum NUM-Streik auseinandersetzten. In dem Brief der Bosch-Kollegen (s. RM 6/85) hieß es unter anderem:

„Statt daß sich die IG Metall von der NUM distanziert, sollten wir uns lieber von dem distanzieren, was der Hauptvorstand der IGBE in einem Schreiben vom 24. Oktober der IG Metall unterstellt hat: ‚Sowohl die IG Metall als auch die britische Stahlarbeitergewerkschaft als auch die IG Bergbau und Energie sind für beide Industrien also einen Weg gegangen, gegen den die jetzige Führung der britischen National Union of Mineworkers (NUM) streiken läßt: Stillegung von Betrieben oder Betriebsteilen bei zufriedenstellender Bewältigung der damit verbundenen sozialen Probleme. Es mußten partielle Eingriffe erduldet werden, um nicht das Ganze zu gefährden.' Es darf doch nicht wahr sein, daß das unsere politischen Differenzen zur NUM sind!

In der Entschließung 1 hat der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall bekräftigt, ‚mit allen verfügbaren Mitteln das Recht auf Arbeit durchzusetzen' und dafür kämpfen ja schließlich die Miners. (...) Von dem ‚daß durch Stillegung und ‚partielle Eingriffe' Arbeitsplätze krisenfest (!) gemacht werden, ist unseres Wissens in keinem Beschluß des Gewerkschaftstages die Rede. Wir erwarten, daß das vom Vorstand der IG Metall öffentlich zurechtgerückt wird, nachdem auch der Brief des IGBE-Vorstandes in der Öffentlichkeit gehandelt wird."

In dem Antwortschreiben der IGM-Vorstandsverwaltung an die VKL-Bosch heißt es nun:

„Im Hinblick auf die von Euch zitierte E 1 des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall möchte ich Euch bitten, auch die E 5 „Mitbestimmung" und insbesondere die E 7 „Wirtschaftspolitik" zur Kenntnis zu nehmen. Diese beiden Entschließungen zeigen sehr deutlich, daß Gestaltung und nicht Verhinderung des strukturellen Wandels im Interesse der Arbeitnehmer Zielsetzung der IG Metall ist."

Wie in der Stahl- und Werftindustrie schon mehr als deutlich wurde: die IGM-Führung will sich der kapitalistischen Krisenlösung, der Kahlschlagsanierung der Konzerne und Banken, nicht in den Weg stellen, sondern in Zusammenarbeit mit Unternehmern und Regierung die Arbeitsplatzvernichtung sozial abfedern. Die NUM aber kämpft gegen Unternehmer und Regierung, ohne Rücksicht auf kapitalistische Profitinteressen, um weitere Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Darum geht die Auseinandersetzung innerhalb des DGB und der IGM in der Frage der Solidarität mit dem Streik der NUM.

Burkhardt + Weber-Gruppe

Betriebsrat und Vertrauenskörper der IG Metall

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
mit Wut und Unverständnis haben wir die Entscheidung des DGB- und auch des IG-Metall-Vorstandes zur Kenntnis genommen, die Solidaritätskundgebung am 9. März 1985 in Duisburg nicht zu unterstützen.

Die Gründe zu dieser Entscheidung, Austritt der britischen Bergarbeitergewerkschaft aus den internationalen Organisationen bzw. die politischen Ziele, sind nichts als ein billiger Vorwand. Die Berührungsängste, die offensichtlich gegenüber klassenkämpferischen Gewerkschaften bestehen, sind ein trauriges Zeichen für das Klassenverständnis, das im DGB und IGM-Vorstand vorherrscht.

Uns Vertrauensleute und Betriebsräte in der Fa. Burkhardt + Weber (900 Beschäftigte) in Reutlingen, die wir derzeit selbst gegen Entlassungen kämpfen, nötigt der Kampf der britischen Bergarbeiter um ihre Arbeitsplätze und ihre Existenz gegen eine ausbeuterische und reaktionäre Regierungs- und Kapitalistenclique tausendmal mehr Respekt ab als das sozialpartnerschaftliche Gehabe vieler Spitzenfunktionäre im DGB und in der IG Metall.

Wir sind froh, die britischen Bergarbeiter mit weit mehr als 2000 Mark, die wir im Betrieb in 2 Aktionen gesammelt haben, direkt und nicht über das IGM-Konto unterstützt zu haben. Wir sind enttäuscht und beschämt über diesen kleinmütigen und kurzsichtigen Beschluß.
Mit kollegialen Grüßen
Für den Betriebsrat
Für den Vertrauenskörper

Veranstaltung mit Kollegen der Armthorpe-Grube

Die NUM-Sektion der Grube Armthorpe ist im ganzen Revier für ihre kämpferische Tradition bekannt. Sie hat sich in der Vergangenheit aktiv an Solidaritätskampagnen gegen Nazis, gegen den britischen Imperialismus in Nordirland und gegen Frauenunterdrückung beteiligt.

Aufgrund dieser kämpferischen Tradition überfielen am 22. August 1984 Spezialeinheiten der britischen Polizei das Dorf Armthorpe und riegelten es für 12 Stunden von der Außenwelt ab. Die Polizei „hinterließ" zahlreiche verletzte Bergarbeiter, eingeschlagene Fenster und Haustüren. Bei einem anderen Polizeiüberfall auf das Dorf ein halbes Jahr später wurden 39 Bergarbeiter festgenommen, zum Teil stundenlang verhört. Vier Bergarbeiter sitzen zur Zeit im Gefängnis. Eine Delegation der Gruppe (Alan Bailey, Bert Whittle und Dave Barker) ist zur Zeit in der Bundesrepublik. Eine Veranstaltung „Kritische Bilanz nach 1 Jahr Streik" mit diesen sehr kämpferischen Gewerkschaftern findet am 13. März um 19.00 Uhr in Recklinghausen (Zentrum „Krim", Münsterstr. 2a) statt.

Meldungen

Arbeitszeitverkürzung — Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche

Bei der Siemens AG Hannover, mit den Zweigstellen Braunschweig, Kassel und Goslar sind, als erstes Unternehmen für Niedersachsen, Betriebsvereinbarungen über flexible Arbeitszeiten vereinbart worden.

Von den 2431 Betroffenen werden 278 40 Stunden arbeiten, 278 37 Stunden, 1875 38,5 Stunden.

Neueinstellungen laufen mit 37 Stunden.

Bei den Dräger-Werken in Lübeck gilt ab 1.4. für alle Beschäftigten, auch die Auszubildenden, 38,5 Stunden. Nach bisher vorliegenden Informationen wird die Abwicklung flexibel gehandhabt, indem das Gleitzeitkonto auf 24 Stunden im Monat erhöht wird. Näheres im nächsten Roten Morgen.

Gegen den Spruch der **tariflichen** Einigungsstelle in Bayern, bei Mannesmann Demag -- s. letzter RM -- wird von der IGM ein arbeitsgerichtliches Klageverfahren angestrengt.

Bei Bosch in Waiblingen hat der „Streik" der Kollegen (s. letzter RM) offenbar gewirkt. -- Es wurde jetzt eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die beinhaltet, daß nur noch 70 Führungskräfte 40 Stunden arbeiten, 84 über 57 Jahre alte Kolleginnen und Kollegen 37 Stunden, und alle anderen 1200 Beschäftigten 38,5 Stunden.

HDW/Hamburg

Beim HDW-Werk Hamburg hat der Vorstand den Entwurf einer Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitregelung vorgelegt. Kernpunkte: keine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden sondern völlige Aufsplitterung der Belegschaft in Arbeitszeiten zwischen 37,5 und 40 Stunden, Einführung der 3. Schicht im Maschinenbau, 20 Prozent der Belegschaft sollen zur Nachtschicht verpflichtet werden, Verlängerung der Arbeitszeit durch Einführung unbezahlter Pausen, der Samstag soll Regelarbeitstag werden, 20 Überstunden sollen durch die Direktion angeordnet werden können und die Direktion soll auch bestimmen können, wann die Überstunden abgebummelt werden. Betriebsrat und Vertrauenskörper fordern die Verwirklichung der 38,5-Stunden-Woche für alle. Donnerstags sollen künftig 7,5 Stunden und freitags 7 Stunden gearbeitet werden.

70 Vertrauensleute besuchten eine Vorstandssitzung, um eine Resolution der Belegschaft zu überreichen, in der es heißt: „Wir, die Belegschaft der HDW-Hamburg, fordern den Vorstand der HDW auf, seinen skandalösen Entwurf zur Arbeitszeitverkürzung zurückzuziehen. (...) Wir lassen uns aber nicht unsere Rechte kampflos wegnehmen. Wir wollen keinen Rückschritt ins Mittelalter bzw. zur Leibeigenschaft."

LAG bestätigt Entlassung von M. Zimball

Am Freitag, 22.2.1985, fand vor dem Landesarbeitsgericht in Braunschweig die zweite Verhandlungsrunde im Prozeß von Peine-Salzgitter gegen den Peiner Betriebsrat Michael Zimball statt.

Es ging um die Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigungsforderung des Vortandes von P + S gegen M. Zimball.

Über 100 Prozeßbesucher machten deutlich, daß es sich bei diesem Prozeß nicht um einen „gewöhnlichen" Arbeitsgerichtsfall handelte, sondern hier exemplarisch ein Betriebsrat gemaßregelt werden soll, der als aktiver Gewerkschafter bekannt war. Vorwurf gegen ihn, er habe die Produktion behindert -- trotz Aufforderung, sich von einem Mischerleitstand zu entfernen.

P + S hatte von Verhandlung zu Verhandlung mehr und prominentere Anwälte mitgebracht -- zuletzt am 22.2. war mit mit vier(!!) Anwälten anwesend.

M. Zimball wurde u.a. von G. Schröder, SPD-MdB und Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Niedersachsen für die SPD vertreten.

Ein neuer Zeuge wurde von P + S für diese Verhandlung vorgestellt, dessen Aussagen aber offenbar zu schwammig waren, so daß sein Betriebschef, der **zufällig** auch anwesend war, sich als präsenter Zeuge anbot, von P + S ins Verfahren eingeführt wurde, vom Richter gebilligt, um die Vorwürfe gegen M. Zimball zu bekräftigen.

Zwei Zeugen von M. Zimball wurden ebenfalls vernommen. Ein weiterer, der Betriebsrat J. Eggers, wurde vom Gericht abgelehnt, da er z.Z. des Vorfalls und auch heute Betriebsratsmitglied sei, insofern sei er ein Beteiligter und deshalb abzulehnen. Der Betriebschef war offenbar unbeteiligt.

Schon diese Schilderung macht die Richtung deutlich, in der das Gericht arbeitete. Dem wurde die Krone aufgesetzt dadurch, daß vom Gericht am späten Nachmittag verkündet wurde, daß erst am Montag eine Beschlußfassung und Urteilsverkündung stattfinden werde, tatsächlich aber am Samstag, 23.2., in den Peiner Zeitungen das Urteil zu lesen war. Man hatte offenbar doch noch weiter beraten und verkündet -- und zwar für M. Zimball und jeden engagierten Gewerkschafter negativ. Das Landesarbeitsgericht entschied, daß die Zustimmung des Betriebsrats durch Gerichtsbeschluß ersetzt wird. Bis zum Redaktionsschluß des RM war noch nicht bekannt, ob Revision beim Bundesarbeitsgericht zugelassen wurde. Es ist zu befürchten, daß dies nicht so ist. Damit hätte P + S die Möglichkeit, den Kollegen Zimball zu kündigen und er müßte durch einen normalen Kündigungsschutzprozeß versuchen, seine Wiedereinstellung zu erzwingen. Solidarität ist also nach wie vor nötig.

Tarifrunde Textil-Bekleidung

Für die 425000 Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie fordert die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) eine Einkommensverbesserung von 6 Prozent. Die GTB gehört zu den Gewerkschaften, deren Führung sich gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gestellt hat. 1984 hat die GTB für beide Branchen Vorruhestandsregelungen abgeschlossen.

Anläßlich der Kündigung der Tarifverträge in den meisten Bezirken zum 30. April dieses Jahres wies GTB-Vorsitzender Keller auf „seit fünf Jahren in ununterbrochener Folge eingetretene Realeinkommensverluste" hin. Nach der Statistik der Stundenverdienste lag die Textilindustrie 1984 an 36., die Bekleidungsindustrie an 40. Stelle von insgesamt 41 Industriebranchen.

Wie der GTB-Vorstand mitteilte, haben die bezirklichen Tarifkommissionen frei Hand zur Formulierung von Nebenforderungen im Rahmen der Gesamtforderung. Für die Bekleidungsindustrie wird eine Aufstokkung der Jahressonderzahlung von 45 Prozent auf 50 Prozent eines Monatseinkommens verlangt (im Durchschnitt aller Branchen werden derzeit 68 Prozent gezahlt).

Für die Textilindustrie sollen regionale Verhandlungen vermutlich Ende März beginnen. Der Beginn der zentralen Verhandlungen für die Bekleidungsindustrie wird für Anfang April erwartet.

Stahlkonferenz der IGM am 19. März

„Behandlung der IGM-Vorstellungen zur Lage in der Stahlindustrie" ist angesagt

Richtig: „Behandlung" und nicht etwa Beschlußfassung über den Auftrag des Gewerkschaftstags, die stahlpolitischen Vorstellungen der IGM auf der Grundlage der Forderung nach „Vergesellschaftung der Stahlindustrie" ist Thema der vom Zweigbüro Düsseldorf, Judith, einberufenen Konferenz.

Grundlage ist ein Entwurf mit dem Titel „Stahlpolitisches Programm der IGM" vom 28.11.1984.

Bevor wir uns im folgenden mit diesem 29-Seiten-Papier etwas näher beschäftigen, nech etwas zum geplanten Ablauf der Konferenz. Aus der Einladung ergibt sich folgender Ablauf:

„**Beginn:** 10.00 Uhr -- Einlaß 9.30 Uhr, Eröffnung und Begrüßung, Rudolf Judith, Referat zum Thema: „Stahlpolitische Grundsätze der IG Metall". **Referent:** Kollege Hans Mayr, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall f.d. Bundesrepublik Deutschland. Referat zum Thema: „Aktuelle Situation in der Eisen- und Stahlindustrie". **Referent:** Kollege Rudolf Judith, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Diskussion. Gegen ca. 13 Uhr lädt der Vorstand der IG Metall zu einem gemeinsamen Mittagessen ein."

Da bleibt offensichtlich wenig Raum für tatsächliche Diskussionen über die Referate, den Entwurf. Darüber hinaus entsprechen der Einladerkreis und die Themenvorgabe sowie der Zeitrahmen nicht im geringsten den Forderungen, wie sie sowohl nach der letzten Stahlkonferenz aus den Betrieben aufgestellt wurden und aktuell -- vor dem Hintergrund der geplanten Fusion Krupp, Klöckner, CRA -- von den Belegschaften speziell von Krupp und Klöckner aufgestellt wurden -- nach einer bundesweiten Stahlkonferenz zwecks Beratung und Planung gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau in diesem Bereich.

Eingeladen sind -- lt. Einladungsschreiben vom 13.2.1985:

„**Betriebsratsvorsitzende** und deren **Stellvertreter** sowie die **Leiter der Vertrauenskörper** aus den Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie, **Vorstand IG Metall, Bezirksleitungen** und **Verwaltungsstellen** der IG Metall, zu deren Zuständigkeitsbereich Werke der Eisen- und Stahlindustrie gehören, **Leiter der IG Metall-Bildungsstätten** und die Kollegen **Arbeitsdirektoren** der Eisen- und Stahlindustrie"

Der Entwurf geht aus von einer Lagebeschreibung in der Eisen- und Stahlindustrie (ESI), in dem festgestellt wird, daß auch bis 1990 nicht mit einer höheren Stahlproduktion gerechnet wird, sich der Personalabbau auch in der 2. Hälfte der 80er Jahre und darüber hinaus fortsetzen wird. Kernsatz ist dann die Feststellung: „Ein Ende dieser Beschäftigungskrise, dieses Verödungsprozesses ist unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen nicht abzusehen." (S. 3) Wobei dann zu fragen wäre, ob dies heißen soll, auf bessere Bedingungen zu warten und damit schon vorweg zu behaupten, daß die Möglichkeiten der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen den Arbeitsplatzabbau zu kämpfen also eh nichts bringen?

Als „Stahlpolitische Grundsätze" wird festgehalten:

„• Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren.
• Sicherung des sozialen Status der Arbeitnehmer.
• Erhaltung der Stahlstandorte.
• Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften.
• Erhaltung und Ausbau der Mitbestimmung.
• Weitere Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich." (S. 4)

Als „kurzfristig notwendige Schritte" werden angesehen:

„• Eine Überlebensgarantie für alle Unternehmen. Bundesregierung und Landesregierung dürfen keinen Zweifel daran lassen, daß sie mögliche wirtschaftliche Zusammenbrüche abwenden werden.
• Ein Konjunktureinbruch darf nicht Anlaß für zusätzliche oder zeitlich vorgezogene Stillegungen und Entlassungen sein. Vorübergehende Beschäftigungslücken sind durch Kurzarbeit ohne Einkommensverluste zu überbrücken.
• Die Stahlmarktordnung -- Mengenbeschränkung, Mindestpreise, Importkontrolle -- ist solange fortzuführen, wie Überkapazitäten die Einhaltung der Stahl-Listenpreise gefährden." (S. 4/5)

Beim „mittelfristigen Programm" fordert der IGM-Vorstand u.a.:

„2. Die IG Metall erwartet von der Bundesregierung, daß sie sich mit Entschiedenheit dafür einsetzt, den bisherigen Anteil an der EG-Produktion aufrechtzuerhalten. Generell muß sie dafür sorgen, daß die Brüsseler Entscheidungen die deutschen Unternehmen nicht benachteiligen. (...)

4.a) Die gesamte Neuordnung der Stahlindustrie ist zwischen der Bundesregierung, den beteiligten Landesregierungen, den Unternehmen und der IG Metall abzustimmen. Als Koordinierungsgremium fordert die IG Metall die Bildung eines Stahlausschusses. Dieser Ausschuß hat zu beraten über:
• die Neuordnung der Unternehmen unter Beteiligung von Bund und Ländern,
• die Sicherung der Mitbestimmung in den Unternehmensorganen,
• Standorte, Produktionsschwerpunkte und Belegschaftsgrößen,
• Investitionsmaßnahmen und deren Finanzierung.

Die IG Metall geht davon aus, daß die Koordinierung Übereinstimmung zwischen allen Beteiligten erfordert.

5. Für Strukturmaßnahmen auf Unternehmensebene -- auch im Falle von Fusionen -- hält die IG Metall die folgenden Voraussetzungen für unabdingbar:

a) Erhaltung der bisherigen Stahlstandorte.

b) Unvermeidliche Kapazitätsanpassungen sind zeitlich so zu strecken, daß arbeitgeberseitige Kündigungen ausgeschlossen sind.

c) Bei Fortfall von Arbeitsplätzen müssen in größtmöglichem Umfange Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden. Das heißt, daß in die Unternehmen auch zukunftsträchtige Verarbeitung eingebracht wird.

6. Eine rein privatwirtschaftliche Lösung kommt für die IG Metall auf Dauer nicht in Betracht. Der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall hat ausdrücklich die „Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik" gefordert.

a) Zu diesem Zweck sind die privaten Aktionäre nach Art. 15 GG zu enteignen. Ihr Kapital ist zusammen mit allen öffentlichen Beteiligungen in eine nationale Stahlholding einzubringen. Sie befindet sich ausschließlich im Eigentum der öffentlichen Hand. Die Altaktionäre werden entschädigt durch Forderungen an die Holding, die gemäß Ertragslage verzinst und getilgt werden.

Die Stahlholding muß auch verarbeitende Unternehmen umfassen.

Der nationale Stahlkonzern ist dezentral zu leiten. Das schließt eine Lösung in Form einer Einheitsgesellschaft aus. Die paritätische Mitbestimmung in der Holding ist vertraglich zu sichern, solange sie nicht für alle Großunternehmen Gesetz ist.

Durch Satzung ist der nationale Stahlkonzern auf gemeinwirtschaftliche Grundsätze festzulegen. Kollektivvertragliche Vereinbarungen mit der IG Metall sollen sicherstellen, daß die Unternehmenspolitik in allen Teilen den Leitlinien dieses Programms folgt.

Die IG Metall zieht auch eine Neuordnung auf freiwilliger Basis in Betracht. Die Stahlaktionäre würden hierbei ihre Aktien gegen solche der Stahlholding tauschen. Eine solche Lösung wäre jedoch nur mit Beschränkungen der privaten Stimmrechte tragbar. Sie könnte auch nur als Übergangslösung gelten.

Der Stahlausschuß, den die IG Metall fordert, behielte in jedem Falle die Aufgabe, die Unternehmenspolitik mit der regionalen Strukturpolitik zu koordinieren. (Einzelheiten im Anhang).

b) Überlegungen zur Privatisierung von Bundesunternehmen sind eine Provokation der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften und stehen im krassen Gegensatz zu den sozialstaatlichen Verpflichtungen der öffentlichen Hand.

7. Die IG Metall hält an dem Prinzip fest, daß alle öffentlichen Hilfen an Auflagen zu binden sind, und daß ihr Erfolg kontrolliert werden muß. Diese Auflagen sollen sicherstellen, daß Subventionen die Interessen der Arbeitnehmer nach den hier dargelegten Grundsätzen wahren und fördern. In diesem Zusammenhang kommt dem von uns geforderten Stahlausschuß eine entscheidende Rolle zu." (S. 5--9)

Daneben werden flankierende Maßnahmen der EG, der Regional- und Sozialpolitik gefordert, die im Kern alle ausgehen davon, daß der weitere Arbeitsplatzabbau stattfinden wird.

Welche Perspektive des Kampfes wird aufgezeigt?

Diese wichtige Frage, **wie** die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, wie die IGM, die Belegschaften der Stahlkonzerne, die betroffene Bevölkerung gegen die weiter absehbare Vernichtung von Arbeitsplätzen vorgehen kann, wird in diesem Entwurf des IGM-Vorstandes -- ähnlich wie in der Automobilstudie des Vorstandes -- mit einer Reihe von „Standardargumenten" beantwortet.

Da ist einmal der immer wiederkehrende Verweis auf die „politischen Verhältnisse". Dabei schwingt in der Diskussion vor Ort immer mit -- alle die, die die Wendeparteien gewählt haben, sind eben selbst Schuld, daß sich in Bonn nichts für uns tut. Wobei angemerkt werden sollte, daß z.B. die Betriebsräte von Hoesch wegen des Auslaufens der Sozialpläne 1985/86 schon an Blüm geschrieben haben, um mit ihm besondere Maßnahmen für die vorzeitige Verrentung von Stahlarbeitern zu besprechen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfs hat es sich der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Blüm dann nicht nehmen lassen, Mitte März nach Dortmund zu kommen, um mit den Betriebsratsspitzen darüber zu reden.

Ein zweiter immer wiederkehrender Verweis erfolgt auf die Notwendigkeit, ein Beschäftigungsprogramm vorzulegen. Hier taucht aber ein ähnliches Problem auf, wie beim ersten Punkt. Die Forderung wird aufgestellt, aber was die Frage der Mobilisierung und des Kampfes dafür angeht, einschließlich konkreter Finanzierungsvorschläge wie z.B. Kürzung des Rüstungshaushalts, da ist dann nichts mehr zu sehen und zu spüren.

Schließlich wird auch für die ESI vorgeschlagen, einen „Ausschuß" zu bilden. Diese gerade im Bereich der ESI schon lange vom IGM-Vorstand gestellte Forderung ist, wie noch jüngst auf der Vertrauensleutekonferenz der IGM von Judith beklagt, vom Bundeskanzler noch nicht erfüllt worden und wird es wohl auch in Zukuft nicht; denn schließlich haben die Konzerne und Banken daran nicht das geringste Interesse.

Wenn im Entwurf des IGM-Vorstandes jetzt an mehreren Stellen darauf verwiesen wird, daß eine „Übereinstimmung" in diesem -- theoretischen -- Ausschuß zu erzielen ist, stellt sich die Frage, auf der Grundlage welcher Interessenidentität wohl eine solche herzustellen ist?

Offensichtlich doch nicht, wie die Erfahrungen beim bisherigen Arbeitsplatz-Vernichtungsfeldzug der Stahlbosse zeigen, auf der Basis der Interessen der Stahlarbeiter.

Ähnlich nebulös bleiben die Einschätzungen, warum es möglich sein soll, daß „Eine Neuordnung auf freiwilliger Basis als Zwischenschritt bis zur endgültigen Lösung ebenfalls denkbar und möglich" (ist) S. 16.

Sollten die Unternehmer auf einmal bereit sein, freiwillig auf ihren Besitz an den Produktionsmitteln zu verzichten? Die Stahlbelegschaften haben in den letzten Jahren jedenfalls davon nichts gespürt.

Welche Vorstellungen der IGM-Vorstand zur Umsetzung seines Papiers hat, wird deutlich, wenn man sich folgende Darlegung (S. 24) ansieht:

„Die Rolle des Stahlausschusses als Koordinierungsgremium steht im Stahlpapier im Vordergrund, weil die Abstimmung zwischen Bund und Ländern, Unternehmen und IG Metall über die Neuordnung der Stahlindustrie zunächst die Hauptaufgabe sein muß. Als wichtigste Beispiele werden genannt: Beratungen über
• die Neuordnung der Unternehmen,
• die Beteiligung von Bund und Ländern an den Unternehmen,
• die Sicherung der Mitbestimmung in den Unternehmensorganen,
• die Sicherung der Standorte, Produktionsschwerpunkte und Belegschaftsgrößen.

Die Rolle des Stahlausschusses als Kontrollgremium ist in den Punkten angesprochen, in denen ihm auch unternehmensbezogene Aufgaben zugeordnet werden. Als Beispiele werden genannt
• die Beratung über Investitionsmaßnahmen und deren Finanzierung
• die Erfolgskontrolle bei öffentlichen Hilfen.

Um die Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall-Vorstellungen zu gewährleisten, wurde für die Meinungsbildung im Stahlausschuß Übereinstimmung zwischen allen Beteiligten gefordert."

Da taucht, wie auch im gesamten Papier, die aktive, kämpfende Belegschaft, die notwendig wäre, um auch nur ansatzweise die vorgelegten Vorstellungen durchzusetzen, nirgendwo auf. Es wird also -- ohne daß es ausgesprochen wird -- entweder auf die „Vernunft" der Regierungen und Unternehmer gesetzt, auf eine politische Wende 1987 -- oder das alles sind schöne Modelle, anhand derer -- da sie nicht durchsetzbar sind, auf den Wegen die der IGM-Vorstand angibt -- die Unmöglichkeit solcher Zielvorstellungen klar wird.

Für die klassenkämpferischen Kräfte gilt es, die Debatte innerhalb der IGM, innerhalb der Stahlbelegschaften dahin zu führen, daß ausgehend von der konsequenten Verteidigung der Arbeitsplätze in den einzelnen Betrieben ein gemeinsames Kampfkonzept gegen Stahlunternehmer, Banken und Wenderegierung entwickelt wird, um die Forderung nach „Enteignung" durchzusetzen.

„Von Wasserwerfern förmlich zusammengeschossen"

Bürgerkriegsähnliche Stimmung herrschte am letzten Samstag in der Frankfurter Innenstadt. Rücksichtslos griffen Wasserwerfer der Polizei alles an, was ihnen vor die Rohre kam — Teilnehmer einer antifaschistischen Demonstration, Umweltschützer, Wahlkämpfer der SPD und Passanten auf der Zeil, der Haupteinkaufsstraße Frankfurts. Mehrere Menschen wurden verletzt. Wie war es dazu gekommen?

Die neonazistische FAP, die in Frankfurt an den Kommunalwahlen teilnimmt, hatte für Samstagmorgen zu einer Demonstration aufgerufen, die vom Ordnungsamt allerdings nicht genehmigt worden war. Anschließend war ein sogenanntes Kameradschaftstreffen in einem Lokal geplant. Ein antifaschistisches Bündnis hatte zu einer Protestdemonstration unter dem Motto „Ausländer bleiben — Nazis vertreiben" aufgerufen.


Von Wasserwerfen leergefegt — die Frankfurter Zeil

Am Samstagmorgen erschienen trotz des Versammlungsverbots 50 bis 60 Neonazis. Die Teilnehmer der antifaschistischen Kundgebung wurden beschimpft, Rot-Front-verrecke-Rufe wurden laut. Zu weiteren Aktivitäten der Neonazis kam es zunächst nicht, weil die Polizei 39 von ihnen, wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz festnahm. Bei einzelnen Antifaschisten kam Siegestimmung auf. Aber sie freuten sich zu früh. Denn für die Polizei war die Festnahme der Neonazis offenbar nur das Vorspiel für den eigentlichen Einsatz. Und der galt den Antifaschisten.

Zur ersten Auseinandersetzung kam es wenig später, als sich die Antifaschisten vor dem Lokal versammelten, in dem das Neonazi-Treffen stattfinden sollte. Als dort die Scheibe eines mit Hakenkreuzen bemalten VW-Busses zu Bruch ging, war das für die Polizei Anlaß genug, zum ersten Mal Wasserwerfer und Tränengas einzusetzen.

Als sich die Demonstranten einige Zeit später wieder sammelten, erklärte die Polizei das Ganze plötzlich zu einer nicht angemeldeten Versammlung. Zum Auseinandergehen blieb den Demonstranten allerdings keine Zeit. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet: „Doch während noch die letzten Demonstranten über die Treppe in den Park strömten, begann der Hochdruck-Wasserwerfer zu spritzen. Aus einem Fenster der Bleichstraße beobachtete ein Anwohner die Szene. In einem Brief an die FR-Redaktion schreibt der Zeuge: ‚Gezielt wurden die Wasserstrahlen auf die Menschen gerichtet, die zum Teil aus weniger als drei Meter Entfernung förmlich zusammengeschossen wurden.' Halb ohnmächtig und benebelt vom Tränengas torkelten die Opfer denn auch — von Helfern gestützt — über das Kirchengelände. Die gleiche Einsatzleitung der Polizei, die zuvor ‚grob unverhältnismäßig handelte' (der Bewohner aus der Bleichstraße), nahm nicht lange danach hin, daß ein Neonazi mit einem Totenkopf am Hemdkragen mit vier Begleitern ungehindert durch die Polizeiketten schlenderte, um sich dann provozierend den Antifaschisten zu zeigen." (FR, 25.2.85) Erst aufgrund massiver Proteste wurden auch diese Neonazis dann abgeführt.

Nach einem weiteren Zwischenfall, bei dem es zu Schlagstockeinsätzen durch die Polizei kam, verlagerte sich das Geschehen auf die Zeil, wo zu diesem Zeitpunkt auch die Abschlußkundgebung einer Umweltschutzdemonstration „Frei atmen gegen Straßenwahn" begann. Wahrscheinlich, weil einige Schneebälle auf Polizisten flogen, kam es zum dritten Mal an diesem Tag zum Wasserwerfereinsatz. Auch die Umweltschützer wurden von den Strahlen des Wasserwerfers erfaßt. Eines der Opfer war ein Kirchenvorsteher aus dem Frankfurter Stadtteil Bornheim.

Die „Frankfurter Rundschau" berichtet: „Es war, als sei man von einem Backstein getroffen worden', beschreibt das Opfer die Wucht des Aufpralls. Der Kirchenvorsteher wurde ins Gesicht getroffen. Seine Brille flog weg, er selbst wurde nach rechts herumgewirbelt und mit dem Gesicht auf das Pflaster geschleudert. ‚Ich dachte, mein Gesicht ist weg', erinnert sich der 46jährige. Er will Anzeige wegen Körperverletzung im Amt erstatten."

Wegen dieses Polizeieinsatzes brachen die Umweltschützer ihre Kundgebung ab und ließen stattdessen Antifaschisten auf das Podium. Außerdem riefen sie gemeinsam mit anderen am Dienstagabend noch einmal zu einer Protestkundgebung auf. Diesmal allerdings mit geändertem Motto: „Frei atmen gegen law and order"


Schlagstockeinsatz gegen Antifaschisten — Wallmanns Polizei ist klar, wo der Feind steht

Wahlrecht für Ausländer in Berlin

Auch bei den Senatswahlen 1985 in Westberlin wird wieder ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft mitsamt ihren Familien von den Wahlen ausgeschlossen sein. Die in Westberlin lebenden Arbeiter mit türkischer, italienischer, spanischer oder anderer ausländischer Staatsbürgerschaft nämlich. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß sich im Vorfeld dieser Wahlen, wie schon beim letzten Mal, eine Initiative gebildet hat, die für das Wahlrecht von Ausländern in Berlin eintritt. Zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufes dieser Initiative gehören u.a. Ingeborg Drewitz, Peter Meyer von der AL, Gerhard Weil von den Liberalen Demokraten, Michael Venedey vom Bund der Wissenschaftler.

Der Aufruf fordert:
- Wahlrecht für Ausländer in Berlin
- Gleiche politische und soziale Rechte für Deutsche und Ausländer
- Die ausländischen Mitbürger müssen das Recht haben, sich frei politisch äußern und organisieren zu können
- Der Lummer-Erlaß muß weg.

Auf einer Pressekonferenz am 6. März wird ein Überblick über die bisherigen Aktivitäten gegeben werden und über das, was in Zukunft geplant ist. Denn auch nach den Wahlen sollen die Aktivitäten fortgesetzt werden.

Kontaktadresse:
Hasan Sezgin,
Tel.: 6933925

Wieder ein unschuldiges Polizeiopfer

In der vergangenen Woche am Mittwoch wurde ein unbewaffneter Mann von einem Polizisten erschossen. Eine Oberhausener Polizeistreife, die auf Einbrecherjagd war, hat den Mann auf dem Gewissen.

Passanten hatten die Polizei auf einen angeblichen Einbruch aufmerksam gemacht. Sie wollten gesehen haben, wie der Täter in ein Nachbarhaus geflohen sei. Die beiden Polizisten durchsuchten das Haus bis ins dunkle Dachgeschoß. Dort erschien ein Mann im Schein der Taschenlampe eines Polizisten — ein Schuß fiel — er war tot. In der Stellungnahme der Staatsanwaltschaft heißt es wieder *„ein Schuß löste sich"*, als sei das ein unabwendbares, nicht zu verhinderndes Mißgeschick. Weiter wurde mitgeteilt, daß die *„genaueren Zusammenhänge des Vorfalls"* noch aufgeklärt werden müßten. Sicher ist aber, daß nicht einmal ein Wortwechsel oder eine Warnung stattgefunden hat. Der Polizist konnte wie üblich in solchen Fällen, vorerst nicht vernommen werden.

Die Serie der Polizeiopfer, die sterben, weil sich *„ein Schuß löste"* wird immer länger. Die bisherigen Fälle zeigen aber auch, daß die Todesschützen kaum mit Strafen zu rechnen haben. Nicht zuletzt darum, sitzt ihnen die Pistole so locker.

Die Polizei in NRW ist erst kürzlich von einer Pistole vom Kaliber 7,65 Millimeter auf eine großkalibrige Waffe von 9 Millimetern Geschoßdurchmesser umgerüstet worden. Einer der *„Vorteile"* dieser Waffen, so damals das Innenministerium, sei der stärkere Widerstand des Abzugshahns. Ferner teilte das nordrhein-westfälische Innenministerium der „Frankfurter Rundschau" auf Anfrage mit die neue großkalibrige Waffe sei *„humaner"*, da nur ein Schuß nötig sei, um einen Gegner zu stoppen.

Wintex-Übung läuft an

Vom 26. Februar an beginnt die — wie stets — zweiwöchige NATO-Stabsübung „Wintex-Cimex 85". Diese Übungen, reine Planspiele, keine echten Manöver finden regelmäßig alle zwei Jahre in allen NATO-Staaten Westeuropas statt.

Der Kern dieser Übung ist nichts anderes als Notstandsplanung. Und das seit jeher. Früher hieß dieselbe Übung Fallex. Und Fallex 62 war der damalige Anlaß zur berüchtigten „Spiegel-Affäre". Das Nachrichtenmagazin hatte die Heimlichtuerei der NATO durchbrochen und berichtet, daß es bei Fallex 62 eben um die Übung einer Notstandssituation gehe. Die Adenauer-Regierung schlug damals wild zurück und ließ ein Verfahren wegen Landesverrat einleiten. Franz-Josef Strauß mußte im Verlauf der Auseinandersetzung von seinem Amt als Verteidigungsminister zurücktreten.

An der Übung ist nahezu alles geheim. Bekanntgegeben wurde nur, welche 22 Bundestagsabgeordnete und welche 11 Bundesratsvertreter das Notparlament bilden werden, wer den Ersatzkanzler spielen soll. Welche Städte und sonstige Verwaltungen mit herangezogen werden, unterliegt ebenso der Geheimhaltung wie der jeweilige Inhalt der Übung.

Seit der letzten Fallex-Übung von 1966 (und seit der Umstellung auf Wintex im Jahre 1971) haben diese Übungen in der politischen Debatte faktisch keine Rolle mehr gespielt. Jahre später wurde aus jeweils unterschiedlicher Quelle bekannt, daß immer solche Fragen, wie militärische Entsetzung besetzter Betriebe oder Niederschlagung von Studentenrevolten wesentlicher Bestandteil gewesen waren.

Die Übung 66 diente dazu, die NS-Gesetze endgültig zur Verabschiedung durch die große Koalition zu bringen, was auch geschah. Danach gab es ansatzweise Protest erst wieder 1983 im Zuge der Friedensbewegung, und auch für dieses Jahr sind an verschiedenen Orten Protestaktionen vorgesehen.

Laut Bericht der „taz" vom 26. Februar ist ein Teil des Planspiels in diesem Jahr eine sowjetische Invasion Finnlands und Jugoslawiens, daraufhin Truppenverstärkung der USA, Flüchtlingsströme in der BRD aus dem Norden in Richtung Schweiz, gleichzeitig „innere Unruhen", sprich Demonstrationen von Friedensorganisationen.

Sollte dies zutreffend sein, so wäre es in der Tat nicht überraschend, denn es entspräche nur der langjährigen Situation dieser Übungen, die, wie an den vorne genannten zwei Beispielen sichtbar wird, immer auch die „Dimension des Bürgerkrieges" beinhaltet haben.

Alternativkonferenz

Die zivil-militärische Nutzung der Atomtechnik in der BRD und das bundesdeutsche Interesse an den Nachrüstungsraketen sollen im Mittelpunkt einer, in der ersten Septemberhälfte geplanten, alternativen Konferenz zum Atomwaffensperrvertrag stehen. Anlaß dieser Alternativkonferenz ist die in Genf unter strikter Geheimhaltung stattfindende „Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag".

An Gruppen und Organisationen der Friedens- und Ökologiebewegung, Anti-Atomgruppen, Gewerkschaften, Dritte-Welt-Gruppen und Parteien ist jetzt die Einladung zu einer Vorbereitungssitzung ergangen.

Ort: Bonn, Berliner Platz 1 (JEF-Büro), Eingang Florentiusgraben, gegenüber Bonner Stadthaus.

Datum: 9. März 1985 ab 11.00 Uhr.

Generelles Arbeitsverbot, begrenztes Asylrecht

Späth, Strauß, Lummer wollen Asylrecht verschärfen

Carl-Dieter Spranger (CSU) nutzte jetzt eine internationale Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth, um gegen die „Flüchtlingsströme" zu Felde zu ziehen, die Westeuropa und natürlich insbesondere die Bundesrepublik nach Sprangers Ansicht überschwemmen.

Wie bei Spranger nicht anders zu erwarten, sieht er auch hinter den Flüchtlingen z.B. aus Polen, Afghanistan und Äthiopien Drahtzieher am Werk. Spranger sinngemäß: So wie die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen nach dem Krieg auch das Ziel gehabt habe, die westlichen Besatzungszonen zu destabilisieren und so für eine kommunistische Machtübernahme reif zu machen, so sei es heute das „Kalkül der Verursacher der Fluchtbewegung" die Staaten Westeuropas „tendenziell zu destabilisieren". Diesen Drahtziehern in Moskau will Spranger das Handwerk legen. Und zwar wodurch? Dadurch, daß die Zahl der Asylanten, die in der Bundesrepublik und in anderen Ländern Westeuropas Aufnahme finden, drastisch reduziert wird. Originalton Spranger: „Den totalitären Gewaltregimen muß klargemacht werden, daß die übrige Welt nicht bereit ist, ihr menschenwidriges Verhalten auf die Dauer tatenlos hinzunehmen." Sprangers Ideen muten an wie die Wahnvorstellungen eines Geisteskranken. Ob Spranger glaubt, was er sagt, oder ob er meint, solche Ideen würden besonders mobilisierend auf alle wirken, die von ganz rechtsaußen das Asylrecht bekämpfen, sei dahingestellt.

Die politischen Vorschläge, die aus diesen ideologischen Vorstellungen folgen, sind auf jeden Fall sehr ernst zu nehmen. Denn schließlich ist Spranger nicht irgendwer, sondern immerhin Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium. Was Spranger vorschlägt, um — wie er sagt — „das Asylrecht auf seinen ursprünglichen Kern zurückzuführen", läuft auf die faktische Eliminierung des Asylrechts in der BRD hinaus.

Denn nach den Auffassungen Sprangers soll **kein** Asyl gewährt werden, bei:



Asylantenprotest in Bayern

Asylbewerberzugänge 1984

Herkunftsland	Asylsuchende Personen	1984 anerkannt	1984 abgelehnt
Jugoslawien	356	38	168
Polen	4240	776	2099
Rumänien	644	404	294
CSSR	1475	1159	46
Türkei	4180	244	1267
Ungarn	485	120	452
Äthiopien	2264	1281	184
Gambia	105	2	80
Ghana	2670	7	2169
Ägypten	122	0	101
Chile	53	28	17
Afghanistan	1198	539	270
Sri Lanka	8063	223	805
Indien	1983	1	1129
Iran	2658	1113	240
Libanon	1451	0	307
Pakistan	1587	11	685
Staatenlos	886	6566	572

(Quelle: Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge — In der Tabelle sind nicht alle Herkunftsländer aufgeführt, deshalb ergibt die Gesamtsumme nicht genau 35278)

— Einschränkung der persönlichen Freiheit durch totalitäre Regimes;
— gesellschaftlicher Diskriminierung von Angehörigen ethnischer oder religiöser Minderheiten;
— Notständen nach Naturkatastrophen oder kriegerischen Auseinandersetzungen;

— sozialer und wirtschaftlicher Not, sowie Nichtanpassung an die Moralvorstellungen im Heimatland.

Und was bleibt dann als „ursprünglicher Kerngehalt"? Auf dem Papier, die politische Verfolgung. Aber wirklich nur auf dem Papier, denn tausend Beispiele belegen, daß es schon heute fast mehr ein Wunder, denn ein Grundrecht ist, wenn politisch verfolgte Linke hier Asyl finden.

Generelles Arbeitsverbot, begrenztes Asylrecht

Spranger steht nicht allein mit seinen Plänen. Bereits Anfang Februar haben Lothar Späth und Franz-Josef Strauß verabredet, gemeinsam im Bundesrat eine Initiative zu starten, um das Asylrecht nach ihren Vorstellungen zu verändern. Beabsichtigt ist u.a. folgendes:
— Visumzwang für alle Asylanten (als ob es in Diktaturen freien Zugang zu den Botschaften der BRD gäbe);
— zeitliche Begrenzung des Asylrechts auf zwei oder drei Jahre;
— Arbeitsaufnahmeverbot für die gesamte Dauer des Asylverfahrens (bisher erstreckt sich das Verbot in den meisten Bundesländern auf zwei Jahre);
— Unterbringung von allen Asylsuchenden in Sammellagern (wozu anzumerken wäre, daß diese Lager heute schon überfüllt sind und dort insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg so menschenunwürdige Zustände herrschen, daß es dort in der letzten Zeit mehrfach zu Hungerstreiks kam);
— Sozialhilfe bundesweit ausschließlich als Sachleistung.

Unterstützung finden diese Pläne von Späth und Strauß vor allem durch den Westberliner Innensenator Lummer.

Als Begründung für diese Maßnahmen müssen — wieder einmal — die angeblich zu hohen Zahlen von Asylsuchenden herhalten. Dabei waren es 1984 ganze 35278. Eine Zahl, mit der die Bundesrepublik in Europa und in der Welt weit am Ende liegt.

Die Pläne zur Verschärfung des Asylrechts haben bereits zahlreiche Proteste hervorgerufen. Die KPD unterstützt alle Bestrebungen, diese Pläne zu vereiteln und ein Asylrecht zu schaffen, das diesen Namen auch wirklich verdient.

Treffen DGB-CFDT zur Ausländerfrage

Für ein bißchen Gleichheit

Es ist heute modern, für ein bißchen Frieden, ein bißchen Hungerhilfe, ein bißchen Demokratie zu sein. Diesem Zeitgeschmack entsprechend will der DGB ein bißchen Gleichheit für ausländische Einwanderer. Auf dieser Linie jedenfalls verständigten sich der DGB und die sozialistische Gewerkschaft CFDT aus Frankreich bei einem ersten Treffen zum Thema Ausländerpolitik.

Beide Gewerkschaften forderten ihre Regierungen auf, über mehr Beteiligung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien in Frankreich und in der BRD zu diskutieren. Zu konkreten Forderungen, wie etwa der nach dem kommunalen Wahlrecht für Ausländer mochten sie sich allerdings nicht durchringen. Was die rechtliche Situation der Ausländer betrifft, wollen beide Gewerkschaften ein Konzept erarbeiten, das im wesentlichen eine Angleichung der Rechte der Ausländer aus Nicht-EG-Ländern an diejenigen aus den Ländern der EG enthalten soll. Auch in diesem Punkt blieben die Vorstellungen relativ vage.

Sehr konkret wurden beide Gewerkschaften allerdings in einem anderen Punkt — der Freizügigkeit für die Arbeiter aus Portugal, Spanien und der Türkei nämlich, die mit dem bevorstehenden Beitritt dieser Länder zur EG auf der Tagesordnung steht. Hier wurde auch konkrete Unterstützung vereinbart. Der DGB will der CFDT dabei helfen, daß es Freizügigkeit für portugiesische und spanische Arbeiter erst sieben Jahre nach dem EG-Beitritt dieser Länder geben soll. Die CFDT will dafür den DGB dabei unterstützen, daß es am 1.12.1986 nicht wie im Assoziationsvertrag 1963 vereinbart zur Freizügigkeit zwischen der BRD und der Türkei kommt. Die DGB-Vertreter waren sich noch nicht einmal zu schade dafür, die Bundesregierung aufzufordern, diese Frage stärker „in den Finanzpoker" mit der türkischen Regierung einzubringen.

Das ist eben der Vorteil, wenn man nur ein bißchen Gleichheit für die ausländischen Arbeiter will. Dann kann man gleichzeitig auch noch ein bißchen für die imperialistischen Interessen der eigenen Regierung sein...

Kirchentag fordert mehr politische Recht für Ausländer

Am letzten Wochenende fand eine gemeinsame Tagung der evangelischen und katholischen Kirche zur Ausländerpolitik statt. 350 Ausländer und 450 Deutsche nahmen teil. Gefordert wurden mehr politische Rechte für die hier lebenden Ausländer, u.a. das kommunale Wahlrecht und ein Niederlassungsrecht. Nachzugsbeschränkungen für Ehegatten und Kinder, sowie Ausweisung bei Bezug von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe wurden abgelehnt.

In Bezug auf ausländische Jugendliche wurden gleiche Ausbildungschancen, gleiche Stellenvermittlungsmöglichkeiten und leichterer Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft gefordert. Kirchen, Gewerkschaften und Verbände, hieß es, sollten gemeinsam für eine Wende in der Ausländerpolitik eintreten.

Schwer taten sich die Teilnehmer der Tagung allerdings mit einer konkreten Stellungnahme zum ausländerfeindlichen Wahlkampf der CDU in Frankfurt. Eine Resolution, die die Wahlkampfanzeige Wallmanns (siehe letzter RM) verurteilte, wurde vom Präsidium der Tagung nicht zur Abstimmung zugelassen und durfte auch im Plenum nicht behandelt werden.

„Türkentarif" in Bremen

„Volksfürsorge"

Mit Massenkündigungen für türkische Kfz-Versicherungsnehmer durch ihre Versicherungen hatte er begonnen — der Kampf der Versicherungsmafia gegen die türkischen Mitbürger. Die ausländerfeindlichen Maßnahmen der Kfz-Versicherungen, die durch den Ausländisch-deutschen Gesprächskreis in Bremen an die Öffentlichkeit gebracht worden waren, werden demnächst Thema in der Bremer Bürgerschaft sein. Dort wird man dann allerdings nicht nur über die normalen kapitalistischen Versicherungen reden müssen, sondern auch über die gewerkschaftseigene Volksfürsorge.

Denn seit dem 1. Februar 1985 gelten auch bei der Volksfürsorge Sonderbedingungen für ausländische Mitbürger. Seitdem dürfen Vertreter der Volksfürsorge nämlich keine Anträge von Ausländern mehr annehmen. Wer die „falsche" Staatsbürgerschaft hat, kann nur noch mit der Geschäftsstelle selbst abschließen. Und zwar ausschließlich zum billigsten Tarif. Teil- oder Vollkasko, Insassenversicherung u.ä. ist für Ausländer bei der Volksfürsorge nicht mehr zu haben. Außerdem ist eine Police nur zu bekommen, wenn der gesamte Versicherungsbeitrag für ein Jahr im voraus bezahlt wird.

Die besondere Ironie bei der Geschichte: Erst im November 1984 hatte der 11 Gewerkschaftstag des DGB eine Entschließung angenommen, in der alle Versicherungsunternehmen aufgefordert waren, „immer noch bestehende interne Anweisungen zur Diskriminierung von Ausländern aufzuheben."

Bremens DGB-Vorsitzender Heinz Möller dazu: „Die gewerkschaftliche Grundposition ist eindeutig. Es darf keine Diskriminierung geben." Aber natürlich gibt es ein großes Aber: Wenn die Volksfürsorge nämlich dadurch in Bedrängnis gerate, so Heinz Möller, weil andere Versicherungsunternehmen versuchten sich der Ausländer zu entledigen, dann müsse man gleiche Bedingungen für alle herstellen. Und dabei **muß ein bißchen Ausländerfeindlichkeit** schon mal in Kauf genommen werden — oder wie?

STROESSNER raus!

In ersten Artikeln informierte der Rote Morgen schon über Hintergründe des Besuchs des paraguayischen Diktators Alfredo Stroessners in Bonn. Unser Anliegen dabei ist nicht in erster Linie, Informationen zu diesem Besuch im Juli zu liefern, sondern dazu beizutragen, daß dieser Besuch gar nicht erst stattfindet. Darum drucken wir hier auch eine Unterschriftenliste der Paraguay-Arbeitsgemeinschaft ab. Unterschriftenvordrucke und weiteres Informationsmaterial kann bei der Arbeitsgemeinschaft angefordert werden. Wir bitten auch alle RM-Leser ihre Unterschriften (und viele dazugesammelt) an die angegebene Adresse einzusenden.

Unterschriftenliste gegen Einladung und Besuch General Stroessners
Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.
Margarethenstr. 11
4050 Mönchengladbach 1

„Gütige Gesten verhüllen die Terror-Herrschaft
Numi kam an einem drückend heißen Sommertag an die Reihe. Zwei Gefangene voran, marschierte eine Kompanie Soldaten in das hübsche Bauerndorf im Herzen Paraguays auf die Schule zu. Kaum hatten Schüler und Lehrerin wie befohlen einen Halbkreis gebildet, peitschten Schüsse über den Schulhof. Im grellen Sonnenlicht sanken die Gefesselten nieder. Zu den Kindern sagte der Hauptmann: ‚Merkt euch, so sterben alle, die gegen General Stroessner kämpfen.'"
(Zitiert aus „Kölner Stadt-Anzeiger" Nr. 33/4 v. 9. Februar 1983)

An die Bundesregierung:
Mit meiner Unterschrift möchte ich gegen den von der Bundesregierung geplanten Empfang des paraguayischen Staatschefs Alfredo Stroessner protestieren. Seit 30 Jahren regiert General Stroessner sein Land mit brutalsten Foltermethoden, zeichnet sein Regime für die gewaltsame Vertreibung hunderttausender Kleinbauern verantwortlich, um das Land für große Agrarunternehmen frei zu machen, in denen auch deutsches Kapital steckt. Willkürliche Verhaftungen, Ausnahmezustand, Folter und Mord sind die Regierungsmittel des „Händlergenerals", so in Paraguay genannt wegen seiner zahlreichen Schmuggelgeschäfte, die ihn auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit zum reichsten Mann des Landes machten. Aber auch angesichts der jüngsten deutschen Vergangenheit bleibt es mir unverständlich, wie jemand empfangen werden kann, der einerseits zahllosen flüchtigen Nazis Asyl gewährte und andererseits seine ethnischen Minderheiten, die Indianer in großem Stil ausrotten ließ, bzw. ihnen bis heute ihre elementarsten Rechte vorenthält.

Name	Adresse	Unterschrift

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Reagan will Sandinisten „beseitigen".

Erst in der vergangenen Woche kommentierten wir eine Rede Ronald Reagans, in der er ungeheuer aggressiv Nicaragua angriff (*RM Nr. 8, S. 2: „Flippt Ronald Reagan aus?"*) Bei seiner ersten offiziellen Pressekonferenz als neugewählter Präsident der USA ging Reagan noch weiter, und forderte offen einen Umsturz in Nicaragua. Er beschimpfte die nicaraguanischen Führer, die er *„brutal, grausam und totalitär"*, nannte, *„Sie können schreiben"*, so Reagan zu Reportern, *„daß wir versuchen, die Sandinisten aus dem Amt zu vertreiben."* Nachdem Reagan die „Beseitigung" der Regierung von Nicaragua gefordert hatte, deutete der US-Außenminister Schlutz auch die Möglichkeit einer Invasion Nicaraguas an. Präsident Ortega von Nicaragua verurteilte die *„Besessenheit"* der US-Regierung bei der Rechtfertigung ihrer *„Politik der Aggression des Terrorismus und der Verbrechen gegen das nicaraguanische Volk"*.

Während weltweit mit großer Empörung auf diese offene Kriegshetze des US-Präsidenten reagiert wird, hält sich die Bundesregierung weiter zurück. Kein Wort der Kritik der imperialistischen Absichten der USA ist zu hören, im Gegenteil, durch die Blockade zugesagter Entwicklungshilfe für Nicaragua unterstützt die Bonner Regierung Reagans Politik aktiv.

Le Pen — der Folterer

Jean-Marie Le Pen, rechtsradikaler französischer Politiker und Abgeordneter des Europaparlaments ist jetzt als aktiver Folterer im Algerien-Krieg entlarvt worden. Nach immer neuen und stichhaltigeren Beweisen der französischen Zeitung „Le Cannard enchaine" hat Le Pen im Algerien-Krieg gefoltert. Er ist 1957 freiwillig einer Fallschirmbrigade des berüchtigten Generals Massu beigetreten, der selbst in seinen Erinnerungen auf die Frage, ob in Algerien gefoltert wurde, antwortete: *„Ich kann darauf nur mit Ja antworten, auch wenn die Folter nie institutionalisiert oder kodifiziert wurde"*. Der rechtsradikale Le Pen war aktiv beteiligt, wenn im Befreiungskampf der Algerier gegen die französische Kolonialmacht Gefangene gequält und oft genug ermordet wurden.

Le Pen, der ansonsten gegen jeden „Verleumder" Klage erhebt (Anhänger Francos und Hitlers darf man ihn aber nennen) hat eine groß angekündigte Klage gegen die Zeitung „Le Carnard" bislang aber noch nicht eingereicht. Viele Beweise und massenhaft Zeugen präzisieren die Anschuldigungen gegen Le Pen. Auch die Zeitung „Liberation", die an den Enthüllungen über die Vergangenheit des rechtsradikalen Politikers beteiligt ist, hat bis heute für diese Anschuldigungen keinen Prozeß bekommen. Der Faschist Le Pen (so darf man ihn in Frankreich laut Gerichtsurteil nicht nennen) ist als Folterer entlarvt.

Folter gegen algerische Freiheitskämpfer

Briten erschießen drei irische Jugendliche

Bei einem Überfall einer britischen Armeestreife sind in der Nähe von Strabane (rund 35 Kilometer von Derry) in Nordirland drei Jugendliche getötet worden. Nach Angaben der Besatzertruppen seien sie schwer bewaffnet gewesen, und hätten einen Anschlag vorbereitet. Die Anwohner und Zeugen sehen das anders. Offensichtlich sind die Jugendlichen in einen vorbereiteten Hinterhalt der Armee geraten. Anwohner warfen den britischen Soldaten vor, sie hätten nicht auf die Rufe der Jugendlichen reagiert, die sich ergeben wollten. Sie haben deutlich gehört, wie einer den Soldaten zugerufen habe: *„Schießt nicht! Schießt nicht!"* Trotzdem habe die britische Armeestreife das Feuer eröffnet und die Jugendlichen ermordet.

Maggie und Ronnie

In der vergangenen Woche besuchte die britische Premierministerin Margaret Thatcher Ronald Reagan in Washington. Die große Übereinstimmung der beiden in wichtigen politischen Fragen konnte nicht überraschen: Das Setzen auf militärische Stärke imponierte der britischen Regierungschefin, ebenso wie die *„Strategische Verteidigungsinitiative"*, das Milliarden-Dollar-Krieg-der-Sterne-Programm, einig war man sich auch im gemeinsamen *„Widerwillen gegen Regierungsausgaben"* — solange sie nicht die Rüstung betreffen, versteht sich.

Ein Mitarbeiter Reagans betonte dann auch gegenüber der Presse, wie sehr der US-Präsident Frau Thatcher schätzt, daß Reagan sie *„von Grund auf mag"* und sie nicht nur *„charmant"* finde, sondern sie auch als eine *„starke Führerpersönlichkeit"* betrachte. Frau Thatcher über Ronald Reagan: *„Er ist wundervoll, ich bin sein größter Fan"*.

Stichwort: Hunger

Der Größenwahn der GTZ

Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ist ein bundeseigenes Unternehmen mit einem Monopol auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Wo immer Entwicklungsländer anfragen, um technisches Knowhow, um Mittel und Verfahren zu bekommen, die ihnen bei der Bewältigung wirtschaftlicher und sozialer Probleme helfen sollen, ist die GTZ dabei.

Im folgenden stellen wir einiges vom Gigantismus dieser „Hilfe" der GTZ dar. Das ist die hauptsächliche Arbeit dieser größten westdeutschen Entwicklungshilfeorganisation. Im geringeren Umfang und mit viel positiven Einsatz sehr engagierter Helfer laufen über die GTZ aber auch andere Projekte. Ökologischer Landbau in Afrika, ein Herdbauprogramm um den Brennholzbedarf in Gebieten zu reduzieren, wo der Holzabbau die Wüste vordringen läßt und anderes. Aber das ist nur ein Randbereich im „Dritte-Welt-Geschäft" der GTZ.

Die GTZ, die 1975 gegründet wurde, ist ein als gemeinnützig anerkanntes *„Wirtschaftsunternehmen mit entwicklungspolitischem Auftrag"* und nicht an *„Umsatz und Gewinn orientiert"*. Aber laut einem Vertrag mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) kann das Unternehmen bei Aufträgen, die es für das BMZ durchführt 5 Prozent *„kalkulatorische Verzinsung"* und 1 Prozent *„kalkulatorischen Gewinn"* einsetzen. Das sagt noch nicht viel — deutlicher ist da aber eine Aussage des Bundesministers Jürgen Warnke: **Für jede Mark deutscher Entwicklungshilfe kommen 1,15 DM oder 15 Prozent Gewinn nach Deutschland in Form von Aufträgen für die deutsche Wirtschaft zurück.** Eine Gesellschaft mit einem „erfolgreichen Management" also, kein Wunder bei Jahresgehältern der drei Geschäftsführer von rund 550000 DM (1982) und steuerfreien Jahresgehältern für ihre Experten zwischen 120000 und 130000 DM. Knapp eine Milliarde Umsatz macht die GTZ pro Jahr, schauen wir uns einige der Projekte an, die sie betreibt.

Die Zeitschrift „natur" stellte einige dieser Projekte im April 1984 vor. Danach beschäftigt sich einer der hochbezahlten Experten mit einem Energiegewinnungsprojekt in Sarawak, dem malaysischen Teil von Borneo. Hier wollte die Regierung einen Stausee von 340 Kilometern Länge anlegen — ein See, der von Mainz bis Basel reichen würde. Der Strom soll mit einem Unterwasserkabel 600 Kilometer aufs malaysische Festland übertragen werden. Die notwendige Folge, die Vernichtung von vielen hunderten Quadratkilometern tropischen Regenwaldes wäre die Folge. Das schreckt die GTZ-Experten aber nicht. Einzig die Rentabilität des Projektes hat zu dem Vorschlag geführt, zunächst einen kleineren Stausee zu bauen, und je nach Energiebedarf dann weitere Seen anzulegen. Und während weltweit die Proteste lauter werden, daß die Abholzung von tropischem Regenwald nämlich zu Veränderungen des Erdklimas und sinkendem Sauerstoffanteil in der Luft führt, sind die GTZ-Experten dabei, für die vorgesehenen Bauplätze der Stauseen ein Programm zu entwickeln, wie man den wuchernden Regenwald nachhaltig beseitigen kann. Die Erdoberfläche muß, so ein GTZ-Mann *„von Biomasse gesäubert"* werden. Diese Planungen haben den westdeutschen Steuerzahler bislang 12,5 Millionen Mark gekostet, die Entlaubungsexperten von Bayer oder anderen Konzernen werden sicherlich viel mehr an Aufträgen dafür bekommen.

Ein anderes Beispiel aus Kalimantan, dem indonesischen Teil von Borneo. Im Osten von Kalimantan soll der Holzexport gesteigert werden. Es fehlt aber an Arbeitskräften und Transportmöglichkeiten. Die Antwort der GTZ-Experten, die für ihre Indonesien-Projekte 32 Millionen Mark zur Verfügung haben, ist folgende: **Transmigration.** Das ist keine neue Technik, sondern die verschleiernde Umschreibung für ein immenses Umsiedlungsprogramm. Die GTZ-Experten Dietrich Kebschull und Bernard May arbeiten an einem Programm, das tausende Menschen von der übervölkerten Hauptinsel Java nach Borneo *„transmigrieren"* soll, fern ihrer eigenen Heimat und ihres Kulturraumes. Der Holzexport Indonesiens soll angeblich neue landwirtschaftliche Nutzfläche schaffen. Unbestritten aber ist, daß der vermehrte Holzeinschlag unübersehbare ökologische Folgen hat und nebenbei als Holzexport dem Regime neue Devisen für Waffenkäufe bringt. Und da Indonesien kein „Krisengebiet" ist, wird sich auch hier die westdeutsche Rüstungsindustrie über den staatlichen Reichtum des Regimes freuen. Die Gleichung: **mehr Aufträge, als ausgegebene „Entwicklungshilfe"** wird wieder aufgehen. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Ein Programm in Kamerun soll durch Versprühen von Insektiziden auf 9000 Quadratkilometern die Tsesefliege ausrotten, Dornier-Flugzeuge und Bayer-Gifte sind bestimmt dabei. Entlaubungsaktionen in Brasiliens Amazonasgebiet sind GTZ-Projekte, wie das *„Großflächige Versprühen von Pestiziden"* in Syrien. Allein für eine Aktion auf dem GTZ-Projekt Shoub-Farm in Nordjemen brauchten sieben Experten für *„erhebliche Mengen von Pflanzenschutzmitteln"* (so eine GTZ-Publikation) 12,3 Millionen Mark. Bestellt in der Bundesrepublik — logisch. Und das, obwohl sogar das BMZ bekanntgegeben hat, daß immer weniger Entwicklungsländer den Industriedünger bezahlen können, dessen Herstellung, so das BMZ, zwei Drittel der Gesamtenergie verschluckt, die für die landwirtschaftliche Produktion benötigt wird.

Aber ökonomische und ökologische Folgewirkungen für die Länder sind nicht Sache der GTZ. In ihren Verträgen ist ausdrücklich *„Haftung für Mangelfolgeschäden ausgeschlossen"*.

Nicaragua — Wirtschaftspolitik

„Anreize für Unternehmer"

In der vergangenen Woche berichtete der RM ausführlich über die Maßnahmen der sandinistischen Regierung zur Überwindung der tiefen Wirtschaftskrise. Eine Milliarde Dollar Schäden der Contras, 40 Prozent Verteidigungslasten im Haushalt, haben die Sandnisten zu weitreichenden ökonomischen Maßnahmen bewegt, die aber das System der gemischten Wirtschaft, der Konkurrenz eines privatkapitalistischen mit einem staatlichen Sektor nicht nur beibehält, sondern den privaten Sektor eher stärkt.

Die andauernden Beteuerungen der Commandantes, das System der gemischten Wirtschaft beizubehalten, hat jetzt erstmals wieder zu einem Gespräch zwischen Staatspräsident Ortega und dem Präsidenten des Unternehmerverbandes COSEP geführt. COSEP ist Bestandteil, der vom Reaktionär Arturo Cruz geführten Oppositions-Allianz „Coordinadora Democratica", die noch im vergangenen November die Wahlen boykottiert hatte. Grundsätzlich ist COSEP nun bereit, an der sandinistischen Wirtschaftspolitik mitzuarbeiten: „Die Regierung braucht uns, um weiter zu produzieren, und wir sind bereit, dies auch weiter zu tun", erklärte COSEP-Präsident Enrique Bolanos. Die Privatwirtschaft, die in Nicaragua wichtige 60 Prozent der Produktionsmittel kontrolliert, verlangt aber von der Regierung, „Produzenten und Investoren größere Anreize" zu geben. Ortega sagte zunächst zu, daß in diesem Jahr keinerlei Verstaatlichungen vorgesehen seien, und das bisherige Fälle der Beschlagnahme von Privatbesitz überprüft würden. Ob diese Maßnahmen unbedingt dem Ziel dienen, der zunehmenden Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung entgegenzuwirken, darf bezweifelt werden. Die aus der Praxis des gemischten Wirtschaftssystems erwachsene Theorie von der nationalen Einheit scheint sämtliche Klasseninteressen verwischt zu haben. Die Wirtschaftskrise Nicaraguas — eine Folge der von den USA gesteuerten permanenten Aggression gegen das freie Land — wird man nicht mit Zugeständnissen an die Freunde eben dieser imperialistischen Macht in den Griff kriegen können. Kumpane der US-Imperialisten sind aber die Leute um den Unternehmerverband COSEP.



Ein Markt in Nicaragua — Belebung durch die Unternehmer?

Südafrika/Azania

Blutige Unruhen — Verhaftungswelle

Mindestens fünf Tote und 137 Verletzte — das war die Bilanz größerer Zusammenstöße in der schwarzen Barakkenvorstadt Crossroads bei Kapstadt mit der Polizei. 14 Stunden lang protestierten die Einwohner des Vororts, bauten und zündeten Barrikaden an, griffen städtische Busse an. Die Polizei reagierte mit dem Einsatz von Tränengas, Gummigeschossen und Schrotgewehren.

Auslösendes Moment der Unruhen waren Meldungen, wonach die 60000 schwarzen Bewohner diese Vorstadt durch Zwangsumsiedlungen aus ihren Hütten vertrieben werden sollen. Die Bewohner sollten in ein anderes Ghetto mit höheren Mieten und Abgaben umgesiedelt werden.

Am gleichen Wochenende hatte die Polizei mit Schrotflinten auf streikende Bergarbeiter der Gruben von East Driefontein bei Johannesburg geschossen, wo seit mehreren Tagen 25000 Bergarbeiter für bessere Arbeitsbedingungen in den Ausstand getreten sind. Über 100 Bergleute wurden verletzt. Einer von ihnen schwebt in Lebensgefahr.

Die südafrikanischen herrschenden Rassisten reagierten mit einer landesweiten Razzia auf oppositionelle Politiker in der vergangenen Woche. Nach Angaben eines Rechtsanwaltbüros wurden die Büros der Gewerkschaft SAAWA, der Bürgerrechtsorganisation Vereinigte Demokratische Front (UDF) und mehrere Zeitungen der Farbigen in Oudtshoorn, Johannesburg und Kapstadt von der Polizei durchsucht.

Zu den Festgenommenen gehören der Geschäftsführer der UDF, Popo Molefe, der UDF-Mitarbeiter Frank Chikane, SAAWA-Funktionär Siza Njikelana, die Mitarbeiter des südafrikanischen Kirchenrates June Mlangeni und Ismael Mahamad, sowie Albertina Sisulu, die Frau des inhaftierten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Walter Sisulu. Walter Sisulu hatte erst kürzlich, wie Nelson Mandela ein Angebot der Regierung ausgeschlagen, gegen Auflagen wieder freigelassen zu werden.

Das scharfe Vorgehen der Rassisten von Südafrika, nicht nur gegen die rebellierende arme Bevölkerung, sondern auch gegen streikende Arbeiter und die Sprecher der Opposition, zeigt deutlich, daß das seit Jahren anhaltende Gerede von „Demokratisierung und Normalisierung" eine einzige Propagandalüge ist, daß Solidarität und Unterstützung der schwarzen Bevölkerung für alle fortschrittlichen Kräfte eine wichtige Aufgabe ist. In den USA hat sich in den letzten Monaten eine breite Südafrika-Solidarität gebildet (der RM berichtete). Endlich einmal sind die USA auch Vorbild für uns...

Türkei:

Wieder 22 Todesstrafen

22 Mitglieder der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) sind in der südostanatolischen Stadt Dayarbarkir zum Tode verurteilt worden. In einem Massenprozeß der Militärgerichtsbarkeit wurden 26 weitere Angeklagte ebenfalls zum Tode verurteilt, ihr Urteil aber wegenihres jugendlichen Alters in 24 Jahre Haft umgewandelt. Weitere 25 Angeklagte erhielten lebenslange Haftstrafen, 224 Angeklagte erhielten Gefängnis zwischen drei und 36 Jahren. Insgesamt sind bislang gegen 68 PKK-Mitglieder Todesurteile verhängt worden, weitere 186 Angeklagte müssen in anstehenden oder laufenden Verfahren noch damit rechnen, zum Tode verurteilt zu werden.

Der Terror in der Türkei richtet sich aber nicht ausschließlich gegen die militanten Kämpfer der Kurdischen Arbeiterpartei oder anderer revolutionärer Organisationen. Ein Leserbeitrag beschreibt die Unterdrückungspolitik der herrschenden Militärs gegen die Pressefreiheit und fortschrittliche Journalisten.

Mit Zensur und Folter gegen die Pressefreiheit

„Türkei auf gutem Weg zur Demokratie". Das ist das Urteil des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer nach seiner Stippvisite im letzten Sommer am Bosporus über die Lage in der Türkei. Der „demokratische Fortschritt" in der Türkei läßt sich in Zahlen ausdrücken: Nach Angaben des türkischen Journalistenvereins wurden Journalisten und Schriftsteller von 1980 bis 1984 zu 316 Jahren, vier Monaten und 20 Tagen Haft verurteilt.

Vier Jahre nach dem Putsch der türkischen Militärs hat sich am Bospurus nicht viel verändert. Tausende von Oppositionellen sitzen nach wie vor in der „östlichen NATO-Demokratie" (Original-Ton CDU) hinter Gittern. Nach wie vor werden Menschen auf den Polizeistationen und hinter Kermauern durch Folter verstümmelt und umgebracht.

1256 türkische Schriftsteller, Journalisten, Künstler und Wissenschaftler fordern in, einer Anfang letzten Jahres veröffentlichten, Petition, die Demokratie endlich zu verwirklichen, die Pressefreiheit zu garantieren und die Todesstrafe abzuschaffen. Eine Antwort auf diese Forderung blieb ihnen Staatspräsident Kenan Evren nicht schuldig: „Sie sagen, man soll die Todesstrafe abschaffen (...). Natürlich wollen sie, daß die Todesstrafe aufgehoben wird und sie ihre Aktionen leichter durchführen können (...). Wir haben viele Intellektuelle gesehen, die Landesverräter waren." 56 der 1256 Unterzeichner der Petition müssen sich seit Mitte August 1984 vor dem 1. Militärischen Gerichtshof der Kriegsrechtskommandatur in Ankara verantworten. Die uniformierte Staatsanwaltschaft hat Haftstrafen zwischen drei Monaten und einem Jahr beantragt.

Zwar ist die Pressezensur in der türkischen Scheindemokratie gesetzlich verboten, doch haben sich die Generale in Ankara eine Hintertür aufgehalten: Das im Herbst 1983 erlassene Pressegesetz läßt sich immer für eine Anklage ausschlachten. Verfolgt werden „Verunglimpfung des Staates", „Beleidigung des Staatsgründers", „falsche Berichterstattung" und „falsche übertriebene und absichtlich irreführende Äußerungen". Es gibt so gut wie keine Zeitung in der Türkei, deren Erscheinen nicht schon einmal untersagt worden ist. Ein Veröffentlichungsverbot liegt in der Gewalt des jeweiligen Kriegskommandanten. Täglich klingelt in den Chefredaktionen der Zeitungen das Telefon und ein Weisungsbefugter des Kriegskommandanten — in der Mehrzahl der 67 türkischen Provinzen herrscht nach wie vor Kriegsrecht — gibt seine Anweisungen, was veröffentlicht werden darf. Ein türkischer Journalist, der nicht genannt werden möchte, unterscheidet drei Kategorien der Zensur:

— Die Kriegskommandantur gibt telefonisch den Befehl, daß z. B. über einen bestimmten Banküberfall nicht berichtet werden darf. Ein einfacher Fall, denn man weiß wenigstens, was und was nicht veröffentlicht werden darf.

— Die Kriegskommandantur gibt die allgemeine Order, daß keine Nachrichten veröffentlicht werden dürfen, die „im Volke Angst und Panik hervorrufen können". Es darf also zum Beispiel nicht darüber berichtet werden, ob diese oder jene Bank vor dem Konkurs steht. Das Schwierigste an der Sache ist, daß dies in den Redaktionen selbst interpretiert werden muß.

— Die dritte Kategorie bezieht sich auf keinen konkreten Fall: z. B. besteht ein allgemeines Verbot über den ausgebürgerten und kürzlich verstorbenen Regisseur Yilmaz Güney etwas zu veröffentlichen.

Verboten ist auch jede Berichterstattung über die Folter in türkischen Gefängnissen. Ebensowenig darf darüber berichtet werden, wenn sich in politischen Prozessen Angeklagte über die Alltäglichkeit der Folter beschweren. In der Zeitung taucht dann die Formulierung auf: „Einer der Angeklagten beklagte sich über die Situation in den Gefängnissen." Jeder weiß natürlich, was damit gemeint ist.

M. Schwarz

US-Politiker:

„Chile befindet sich in guten Händen"

Bewaffneter Widerstand formiert sich

Der Leiter der Abteilung für interamerikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Motley hat in der vergangenen Woche Chile besucht. Er sagte, er besuche Chile, „um zu hören und zu lernen".

Das Urteil Molley's nach Beendigung seiner Reise war eindeutig: *„Chile befindet sich in guten Händen"*. Motley hatte auch ein längeres Gespräch mit dem seit mehr als elf Jahren diktatorisch herrschenden General Pinochet. Ein anderes Gespräch allerdings verweigerte er: Angehörige von den seit November vergangenen Jahres rund 2000 Verbannten, Verschleppten und Verschwundenen wurden nicht empfangen. Vor allem Frauen wollten mit dem US-Politiker diskutieren. Als sie sich nach Ablehnung durch den US-Politiker vor der US-Botschaft in Santiago versammelten, um für die Verschwundenen zu demonstrieren, wurden von der Polizei in Santiago 30 Frauen festgenommen. *„Chile befindet sich in guten Händen"* — das ist nämlich nicht nur die Privatmeinung dieses Politikers, das ist seit Jahren erklärte Leitlinie der USA gegenüber der Diktatur Pinochets.

Der Widerstand gegen Pinochet ging vor mehr als einem Jahr — in Vorbereitung des 10. Jahrestags des Sturzes Allendes, zu neuen Kampfformen über, zu den nationalen Protesttagen, an denen sich auch breite Teile der bürgerlichen Opposition beteiligten. Entgegen vielfach geäußerten Erwartungen, haben diese Protesttage den Diktator nicht zum Rücktritt zwingen können. Die breite Opposition in Chile ist nach der Verhängung des Ausnahmezustands weniger aktiv und handlungsfähig. Teile der Mittelschichten und der bürgerlich-demokratischen Opposition sind verhaltener geworden. Führende Politiker der Demokratischen Allianz und der Christdemokraten versuchen immer wieder ins Gespräch mit der politischen Rechten zu kommen, um Pinochet und die Generale so zum Rücktritt überreden zu können.

Die unterdrückten Massen, die ärmsten der Armen, die Millionen Arbeitslosen, die Bewohner der Elendsviertel am Rande der großen Städte sind aber bislang nicht nur die aktivsten Teilnehmer der Protesttage, aus ihren Reihen ist auch eine neue Organisation entstanden, die den Widerstand gegen die faschistische Junta auf neuer, höherer Ebene führen will, die **„Frente Patriotico Manuel Rodriguez"** (FPMR).

Diese Organisation, die sich als bewaffneter Arm der Opposition (nicht als deren Avantgarde) versteht, kämpft seit ihrer Gründung, ungefähr 1983, gegen das Regime. Bis zur Verhängung des Ausnahmezustands im vergangenen Jahr, beschränkte sie sich weitgehend auf Anschläge auf Symbole des Regimes und auf das Sprengen von Hochspannungsmasten, die jeweils pünktlich zu den nationalen Protesttagen ganz Chile — mit Ausnahme des äußersten Südens und Nordens — in vollständige Dunkelheit hüllten. Erst nach Verhängung des Ausnahmezustandes ist man verstärkt dazu übergegangen, auch gezielt Polizei- und Militärstationen zu überfallen und dabei den Tod von Repräsentanten der Diktatur in Kauf zu nehmen.

Lange Zeit hat die Zensur in Chile jede Nachricht, jede Information über die FPMR verhindert. Erst als am 20. Dezember des vergangenen Jahres der stellvertretende Chefredakteur der halboffiziellen Tageszeitung „La Nacion" entführt und am 25. Dezember wieder freigelassen wurde, erfuhr die chilenische Öffentlichkeit sehr ausführlich von der Existenz dieser bewaffneten Widerstandsaktion. Am 24. Dezember erschienen zwei Seiten Fotos in einer Zeitung, die von der FPMR eingesandt worden waren. Als am 25. Dezember fast alle Zeitungen ausführlich über die Existenz der bewaffneten Organisation und ihre Aktion berichteten wurde die Geisel wieder freigelassen. Benannt ist diese Organisation übrigens nach Manuel Rodriguez, einem bürgerlich, radikaldemokratischen Freiheitskämpfer, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein, überwiegend aus Bauern bestehendes, Guerillaheer in den Unabhängigkeitskrieg gegen die spänischen Kolonialherren führte.

Ende November 1984 hatte die FPMR ein Manifest an das chilenische Volk herausgegeben, in dem sie zu einer neuen Offensive gegen die Diktatur aufruft und die besten Kämpfer des Volkes, besonders aber die Jugend auffordert, sich der bewaffneten Opposition anzuschließen, um in Verbindung mit anderen Formen des Widerstandes mit der Waffe in der Hand zu kämpfen.

Das Rentensystem wankt — wie sieht es eigentlich aus?

Will Blüm das „Schweizer Modell"?

Ein Grundpfeiler sozialer Sicherung soll geschleift werden

Die Diskussion um die Renten ist eine andauernde geworden. Keine Woche ohne neue Schlagzeilen, neue Pläne, soziale Verbände mobilisieren zum Protest. Vieles erinnert an das Jahr 1976, als Helmut Schmidt im Wahlkampf sichere Renten versprochen hatte — um kurz danach mit zwei Rentenanpassungsgesetzen dieses Versprechen zu brechen. Damals geschah dies unter der Losung „Das Rentensystem muß verteidigt werden", die Kürzungen sollten seine Beibehaltung sichern. Heute wird vom Sozialministerium das Rentensystem offen in Frage gestellt, werden in den Bonner Regierungsparteien die Spekulationen mit dem sogenannten Schweizer Modell wiederbelebt. Aus aktuellem Anlaß veröffentlichen wir deswegen einen umfangreicheren Artikel, der sich mit dem Rentensystem, seiner Geschichte und den aktuellen politischen Auseinandersetzungen darum befaßt.

Für jeden, der erst damit beginnt, sich einigermaßen systematisch mit dem gesamten Komplex der sozialen Sicherungssysteme zu befassen, ist der erste Eindruck der eines unüberschaubaren, recht bürokratisch anmutenden Chaos. Wer wofür zuständig ist — dafür gibt es keinerlei Gesamtregelungen, sondern das hängt ausschließlich von geschichtlich gewachsenen, unzähligen Einzelgesetzen und Maßnahmen ab. Die „historisch gewachsene Verworrenheit", die von bürgerlichen Sozialwissenschaftlern konstatiert wird, ist im wesentlichen Ergebnis des Widerstandes kapitalistischer Kreise gegen umfassende Reformbestrebungen. Das System der sozialen Sicherung bleibt aufgebaut auf die Bismarckschen Reformen und ihre Weiterentwicklung in der Weimarer Republik. Die Organisationsformen der ersten Republik, vom Faschismus zerschlagen durch das Führersystem ersetzt, wurden nach dem Ende des Krieges wieder restauriert.

Im wesentlichen sind es fünf Daten, an denen sich die bisherige Entwicklung des Rentensystems in der BRD festmachen lassen. In den Jahren 1948, 1957, 1972 sowie 1977 und 1983 waren wesentliche Einschnitte zu verzeichnen, beziehungsweise: sie wurden eingeleitet.

1948: Die Restauration

Mit dem Jahr 1948 begann die Restauration des „Weimarer Systems". Die Auseinandersetzung darum zog sich durch bis zum Jahr 1951, als das Gesetz über die paritätische Selbstverwaltung in den Versicherungszweigen verabschiedet wurde.

Nach der Währungsreform im Juli 48 erwies es sich, daß die von den Westalliierten verfügte Umstellung der Renten zum Kurs 1:1 (Reichsmark zu DM) mit der schnellen Teuerung zu einer drastischen Verarmung der Rentner geführt hatte. Im Vergleich zu 1938 (das letzte Vorkriegsjahr und aufgrund der nationalsozialistischen Kriegspolitik wahrlich kein gutes Jahr für die Rentner) war die Kaufkraft der Arbeiterrenten auf nur noch 78 Prozent abgesunken, die der Angestellten gar auf 66 Prozent (obwohl letztere real fast doppelt so hoch lagen wie die der Arbeiter). (1)

Im Wirtschaftsrat wurde deswegen beschlossen, anstelle einer Debatte über eine grundsätzliche Reform des Sozialsystems rasche Maßnahmen zur Besserung der Lage der Rentner zu beschließen. Was eigentlich kein Gegensatz hätte sein müssen, von den Kapitalisten aber gerade so verstanden und gewollt wurde. Was nicht etwa hieß, daß sie für eine Rentenerhöhung gewesen wären — ihr Widerstand führte dazu, daß es noch bis ins nächste Jahr dauerte, bis diese Erhöhung kam.

Im Wahlkampf zum ersten Bundestag spielte die Kampagne der Unternehmer und der späteren Regierungsparteien CDU/CSU, FDP und DP gegen die „Einheits- und Volksversicherung" wie sie von der KPD und großen Teilen der SPD und des DGB gefordert wurden, eine wichtige Rolle. Dabei wurde insbesondere auf die Angestellten abgezielt, unter denen auch die reale miserable Entwicklung der Nachkriegszeit den Wunsch verstärkt hatte, wieder eine eigene, von den Arbeitern getrennte, Versicherung zu haben. (Diese beiden ehemaligen Reichsanstalten waren auf Forderung der UdSSR nach dem Krieg in allen Ländern zusammengelegt worden).

Konnte mit dem taktischen Schachzug vor der Staatsgründung eine grundlegende Reform vermieden werden, so war mit dem Wahlsieg der „Bürgerkoalition" unter Adenauers Führung eine solche Reform endgültig vom Tisch — bis heute.

Das Gesetz vom Februar 1951 über die Organisierung der Selbstverwaltung bedeutete einen weiteren Sieg der Kapitalisten: Sie hatten es erreicht, daß das Übergewicht der Versicherten, wie es in der Weimarer Republik bestanden hatte, in der BRD abgeschafft wurde.

Per Gesetz wurde die Drittelparität (Staat, Unternehmer, Versicherte) eingeführt, die auf alle anderen Institutionen nach und nach ausgedehnt wurde. Die KPD hatte hier, ebenso wie Teile der SPD und des DGB die Verwaltungsautonomie der Versicherten gefordert, die Parteispitze der SPD die Zwei-Drittel-Mehrheit der Versicherten.

Wie weit die bürgerlichen Parteien sich in diesen ganzen Auseinandersetzungen auf die Angestellten stützen konnten, zeigten die ersten Sozialwahlen im Jahre 1953. Dort wählten 80 Prozent aller Angestellten solche Kandidaten, die für die endgültige Zulassung einer eigenen Angestelltenversicherung eintraten — und das waren nicht zufällig dieselben, die auch für Drittelparität waren. Bei den Arbeitern hatten fast 90 Prozent für die Gewerkschaftskandidaten gestimmt.

Danach schwenkte die SPD um und trat nun ebenfalls für eine eigene Angestelltenversicherung ein.

„Am Ende der ersten Legislaturperiode war das Institutionengefüge, das Kaiserreich und erste Republik der sozialen Sicherung in Deutschland errichtet hatten, vollständig restauriert und, von kleinen Modifikationen abgesehen, in hergebrachter Weise wieder in Tätigkeit und Wirkung gesetzt worden." (2)

Umriß des Rentensystems

Das Rentensystem der BRD deckt Altersrenten, Invaliditätsrenten und Hinterbliebenenversicherung ab. Grob umrissen, besteht es aus drei Teilen: Kollektiven, Privaten und staatlichen Sicherungssystemen.

Die staatlichen Systeme umfassen die Beamtenversorgung sowie die Kriegsopferversorgung. Die privaten Systeme sind die Lebens- und Unfallversicherungen der entsprechenden Konzerne. Die kollektiven Sicherungssysteme umfassen neben der gesetzlichen Rentenversicherung (Arbeiter, Angestellte und Knappschaft) die Sicherung für Selbständige und Freiberufler (Handwerk, Landwirte usw.) und die Zusatzversicherung für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst).

Die reaktionäre Propaganda hat in den vergangenen Jahren wieder verstärkt versucht, eine „3-Säulen-These" zu verbreiten. Nach dieser These sind die drei genannten Bestandteile des Rentensystems „gleichwertig". Was eine offenkundige Propagandalüge ist. Die gesetzliche Rentenversicherung versorgte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre durchschnittlich fast 12 Millionen Menschen (Rentenbezieher plus von ihnen wirtschaftlich Abhängige). Dies waren über 70 Prozent aller Rentenbezieher und bedeutete rund zwei Drittel aller Geldleistungen. (3) Über 90 Prozent aller Mitglieder sind lohnabhängig. Für die übergroße Mehrheit von ihnen ist dies die einzige oder aber die entscheidende Rentenquelle. Wer dies auf eine Stufe mit den privaten Versicherungen und den Beamtenpensionen stellen will, der kann nur einen Angriff auf gerade diesen Sektor im Schilde führen — dazu später.

Der Unterschied ergibt sich zum einen aus der Zahl der Betroffenen: Die Zahl der Empfänger (und abhängigen) vom Beamtenpensionen liegt unter einem Sechstel der der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung. Zum anderen handelt es sich bei den Pensionen um ein anderes Versorungsniveau: Rund 35 Prozent mehr im Durchschnitt. Das wesentliche aber ist, daß es sich um ein ganz anderes Berechnungssystem handelt. Die Pension bestimmt sich nach dem letzten, bei Beamten eben gleichzeitig dem höchsten, bezogenen Einkommen. Die Rente der Arbeiter und Angestellten berechnet sich nach der gesamten Versicherungszeit, also keinesfalls nach dem Höchstverdienst. Solche Unterschiede im System gibt es noch mehrere (so erreicht ein Beamter bereits nach 35 Jahren seinen Höchstsatz von 75 Prozent, ein Arbeiter müßte für denselben Satz 50 Jahre arbeiten). Sie machen insgesamt deutlich, daß es sich dabei um ein Klassenproblem handelt — wie auch bei der privaten Versicherung.

Von Seiten der sozialen Reaktion wird weiter behauptet, die Tatsache, daß heute rund 40 Prozent der Arbeiter eine private Lebensversicherung abgeschlossen hätten, zeige die Wichtigkeit dieses Teils für alle soziale Schichten.

Zum einen ist für einen bedeutenden Teil von ihnen dies zu verneinen, weil ihre „private Versicherung" für sie der konkrete Weg der betrieblichen Alterssicherung ist. Außerdem: Die Versicherungssummen der Selbständigen liegen fast um das Fünffache über denen der Arbeiter (im Durchschnitt).

Bleibt als Fazit aus den Tatsachen, daß die für die Arbeiterklasse einzig wichtige „Säule" die der gesetzlichen Rentenversicherung ist. Die Gegenposition der Konzerne lautet, daß jeder weitere Ausbau der Alterssicherung *„in erster Linie in den privatrechtlichen. mit Kapitalbindung verbundenen Vorsorgesystemen der betrieblichen Altersversorgung und der Lebensversicherung"* zu geschehen habe. (4)

Die 57er Reform

Restauration des Systems, Ausdehnung des organisierten Einflusses der Kapitalisten und ihrer Verbände — das waren die wesentlichen Ergebnisse grundsätzlich politischer Art bis Mitte der 50er Jahre.

Das drängendste Problem blieb aber die Notlage breitester Teile der Rentner. Zwar wurde die Rentenhöhe in der ersten Hälfte der 50er Jahre stark erhöht (allein um 53 Prozent zwischen 1951 und 53) aber die Durchschnittsrente lag bei ungefähr 30 Prozent des Durchschnittseinkommens aus Lohnarbeit. 1953 war der Sozialhilfesatz bei 102 Mark im Monat — aber 75 Prozent der Arbeiterrenten lagen unter 100 Mark.

Die Lage der Rentner war mit die schlechteste unter den Industrieländern Westeuropas. Gewerkschaften, Sozialverbände und Parteien, die Arbeiterbewegung insgesamt, forderten eine Abkehr vom Bismarckschen System: Rente nicht mehr als Zuschuß zu familiären Leistungen, sondern als echter Lohnersatz im Alter.

Die Hauptfrage dazu war, ob weiterhin die Renten ein für allemal festgelegt werden sollten oder ob eine dynamische, an andere Einkommen, an Arbeitseinkommen gekoppelte Entwicklung festgelegt werden sollte. Mit großer Intensität sträubten sich die Kapitalistenverbände gegen die Dynamisierung und fanden in Bundeswirtschaftsminister Erhard einen wichtigen Fürsprecher. (Zur neuen Rentenberechnung siehe Kasten).

In dieser Frage gelang es den Kapitalisten nicht, die Angestellten in eine Front gegen die Arbeiterschaft zu bringen, wie auch breite Teile anderer sozialer Schichten der Meinung zuneigten, daß der Mensch auch im Alter selbständig leben können soll. Diese Tatsachen und wahltaktische Überlegungen führten zu einer schnellen Antwort der Bundesregierung auf einen Gesetzentwurf der SPD, mit dem die dynamische Rente eingeführt wurde (mit einer Reihe von Abschwächungen, die teilweise im Verlauf der folgenden Auseinandersetzungen wieder fallengelassen wurden) und waren Voraussetzung der 57er Reform.

Die Auseinandersetzungen um die konkrete Berechnung der Renten, bei denen sich wiederum Ludwig Erhard stets als Fürsprecher der Kapitalisten erwies in deren Bemühen, die Renten möglichst tief zu halten, konnten an dieser grundsätzlichen Errungenschaft erst einmal nichts mehr ändern. Die Reform des Jahres 1957 hat dazu geführt, daß — im Prinzip — die Rente Lohnersatzcharakter angenommen hat, die Bismarcksche „Wohlfahrt" überwunden wurde und stellt, im Vergleich der bürgerlichen Staaten eine der fortgeschrittensten Ordnungen der Alterssicherung dar.

Rente: Klassenproblem, vor allem aber Frauenproblem

Der unmittelbare Steigerungseffekt dieser Reform zeigt auch die Unterschiede: Die Angestelltenrenten stiegen um 64,9 Prozent, die der Arbeiter nur um 58,8 Prozent. Wobei erstere von einem wesentlich höheren Niveau ausgingen.

Die „persönliche Bemessungsgrundlage" in der Berechnungsformel ist der Grund dafür, daß die Einkommensdifferenzierung der Arbeitenden bei der Rente übernommen, ja teilweise sogar verstärkt wird. Dies betraf und betrifft bis heute vor allem die Frauen, namentlich die Arbeiterfrauen. Zusätzlich verstärkt wurde diese Benachteiligung der Frauen noch all die Jahre durch die willkürliche 60-Prozent-Klausel bei Witwenrenten.

Geht man bei der Beurteilung der Entwicklung der Lebenslage der Rentner von einzig möglichen statistischen Durchschnittswert aus, dem sogenannten Warenkorb, auf dessen Grundlage das Statistische Bundesamt die Lebenshaltungskosten mißt (und der natürlich sowohl einerseits relativ abstrakt ist als auch andererseits und vor allem ausgesprochen manipulierbar, was ja auch seit 1976 mehrmals geschah) ergibt sich die besondere Benachteiligung der Frauen besonders deutlich.

1960 erreichten 20 Prozent der Arbeiter eine Rente, die über dem Preis dieses Warenkorbs lag, 0 Prozent der Arbeiterinnen. Zwanzig Jahre später, 1980 hatten 80 Prozent der Arbeiter eine darüber liegende Rente und 33 Prozent der Arbeiterinnen. Diese Differenz wird noch verschärft, wenn man den Warenkorb heranzieht, wie er vor seiner „ersten Ausdünnung" 1976 aussah. Dann liegt nämlich die Zahl der Arbeiterinnen, die sich diese Waren aus der eigenen Rente kaufen kann nach wie vor bei 0 Prozent.

Um die Frauen war es auch vor allem gegangen, als der DGB 1957 die Einführung der Mindestrente gefordert hatte — die von der Bundesregierung abgelehnt wurde. Erst bei der SPD-Rentereform von 1972 sollte diese Frage wieder auftauchen...

Fortsetzung auf Seite 11

Die Rentenformel

Die Formel, mit der seit der 57er Reform die Renten berechnet werden, ist für Arbeiter und Angestellte die gleiche.

Sie besteht aus vier Teilen: die allgemeine Bemessungsgrundlage, die persönliche Bemessungsgrundlage, die anrechnungsfähigen Versicherungsjahre und der Steigerungssatz.

Die allgemeine Bemessungsgrundlage: Das ist der Durchschnitt der letzten drei Jahre der durchschnittlichen Arbeitseinkommen.

Die persönliche Bemessungsgrundlage: Das Verhältnis des eigenen Gesamteinkommens im Arbeitsleben zu den Einkommen der Versicherten im Zeitraum dieses Arbeitslebens.

Die Zahl der anrechnungsfähigen Jahre: Beitragsjahre plus verschiedene Ersatzzeiten.

Und der willkürliche Steigerungssatz von 1,5 Prozent, der dazu dienen soll, nach 40 Jahren Versicherung auf 60 Prozent des Bruttoeinkommens zu kommen. Diese vier Werte werden miteinander multipliziert.

Fortsetzung von Seite 10

Die 72er Reform

In den Jahren zwischen 1957 und 1972 unterblieben größere gesellschaftliche Auseinandersetzungen um die Renten. Zwar gab es bereits in der ersten größeren Krise der Jahre 66/67 Maßnahmen von Seiten der Regierung der großen Koalition, die die Rentner trafen, aber es blieben dennoch Einzelfragen.

Zwei Probleme blieben jedoch die ganze Zeit über in der gesellschaftlichen Debatte, meist von den Gewerkschaften hineingetragen, auch für die relativ kleine politische Linke ein Thema. Das waren der wachsende Verschleiß der Arbeiter durch die Rationalisierung und die Tatsache, daß nach wie vor ein beträchtlicher Teil Armer unter den Rentnern waren, vor allem alleinstehende Arbeiterfrauen.

Die Forderung nach einer Grundrente, die aus der Gewerkschaftsbewegung kam, wurde auch von der SPD-Führung (und damit von der SPD geführten Bundesregierung) abgelehnt.

„Solche generellen Leistungen für alle sind die zugleich teuerste und ineffizienteste Art von Sozialpolitik und von daher auch abzulehnen.“ (5)

Daß diese Ablehnung hauptsächlich aufgrund der schroffen Antifront von Seiten der Kapitalisten und CDU/CSU/FDP zustande kommt, läßt sich nicht leicht nachweisen, liegt aber als politische Annahme nahe.

Als „Ersatz“ dafür wurde 1972 die „Rente nach Mindesteinkommen“ eingeführt. Ein solchermaßen absichernder Satz galt für alle, die 25 Versicherungsjahre aufweisen konnten. Dies war aber für 58,8 Prozent aller Frauen (rund 1,4 Millionen) und 17,5 Prozent aller Männer (rund 0,4 Millionen) nicht der Fall, für sie gab es nach wie vor auch keine Mindestsicherung.

Gegen den Widerstand von Kapital und konservativen Parteien wurde die Flexibilisierung der Altersgrenze eingeführt, der wesentlichste Bestandteil der 72er Reform. Bis zuletzt forderten die offenen Kapitalistenvertreter im Bundestag einen Abzug (schon in der Berechnungsformel) für all diejenigen, die mit 63 Jahren in Rente gingen.

Die Dauer des Bezugs der Renten hat sich im wesentlichen durch die „63er Rente“ bei Männern im Durchschnitt von etwa 11,4 auf 13,4 Jahre erhöht.

Das Eintrittsalter der Männer sank relativ rasch von 65,1 auf 63,7 Jahre, das der Frauen blieb im wesentlichen bei ungefähr 63,4 Jahre. verbunden waren diese Maßnahmen mit einer zweifachen Rentenerhöhung im Jahre 1972. Außerdem wurde die organisatorische Gleichstellung der Rentenversicherung von Arbeitern und Angestellten, die 1957 bereits verwirklicht worden war, durch kleinere Maßnahmen weiter gefestigt.

Nachteilig für die Arbeiterschaft an dieser Reform war die nun endgültig mögliche Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung. Die Nachentrichtung von Beiträgen für diesen Kreis führte unmittelbar zu einer Steigerung der Einnahmen, auf Dauer jedoch zu wesentlich größeren Ausgaben, die aus dem Arbeiterfonds bezahlt werden mußten.

Wirtschaftskrise und Eingriffe

1974, zwei Jahre nach der zweiten Rentenreform der BRD, sah die Lage glänzend aus. In den Kassen der Rentenversicherung befanden sich fast 47 Milliarden Mark Reserve. Das Betriebsrentengesetz jenes Jahres leistete wahrlich nicht viel — es band aber wenigstens die Kapitalisten an ihre Versprechungen. Und es sollte die letzte rentenpolitische Maßnahme positiver Art bleiben — die 11 Jahre danach haben nichts mehr gebracht. Außer: Eingriffen.

Mit der zweiten Wirtschaftskrise sanken die Beitragszahlungen durch die Millionenarbeitslosigkeit. Und durch nur geringe Lohnsteigerungen. Die Rentensteigerungen aber wurden aus dem Durchschnitt der Lohnsteigerungen der drei Jahre vorher berechnet — sie steigen in den Jahren 75 und 76 viel mehr als die Löhne, und damit als die Beiträge.

1977 sind die Reserven der Rentenversicherung auf die Hälfte zusammengeschmolzen: gerade noch 22 Milliarden Mark betragen sie. Allein 1977 wurden 10 Mrd dieser Reserve aufgebraucht.

Die Rentenversicherung übersteht die ersten Krisenjahre nur dank der großen Reserven aus der Zeit der Hochkonjunktur.

Die alljährlichen Rentenanpassungsgesetze sind in den Jahren 1977 und 1978 (das 20. und 21. RAG, eingebracht von Minister Herbert Ehrenberg) ein Novum: es wird gekürzt.

1977 sind es noch bescheidene Eingriffe — sie rufen großen politischen Unmut hervor, weil sie allzu kraß im Widerspruch zu den Versprechungen Helmut Schmidts aus dem kurz vorhergegangenen Wahlkampf stehen. Die Erhöhung der Renten, 72 vorverlegt, wird wieder verschoben. Es finden verschiedene Maßnahmen statt, die eine Umverteilung der Kosten der Renten auf die Arbeitslosenversicherung (Rentenbeitrag) und Krankenversicherung bedeuten. Aber, die genannten 10 Mrd Mark machen es deutlich, das 20. RAG zeigte faktisch keine Wirkung.

Ein Jahr später geht das 21. RAG „zur Sache“. Die bruttolohnbezogene Rentenerhöhung wird ausgesetzt, bis 1981 werden willkürliche — geringere — Steigerungsraten festgesetzt, danach soll der Eigenbeitrag zur Krankenversicherung kommen. Mit dieser Attacke beweist die Führung der SPD nicht nur einmal mehr, daß für sie soziale Reformen ausschließlich von der kapitalistischen Konjunktur abhängig sind. Sie schafft auch einen Präzedenzfall, indem gerade sie die von den Gewerkschaften so stark verteidigte Bruttolohnbezogenheit abschafft und damit dem politischen Willen der jeweils regierenden Partei wieder vollen Zugang auf die Renten verschafft.

An diesem Muster wird nicht nur mit der Schmidt/Lambsdorffschen „Operation 82“ weiter gestrickt, als erneut die krisenhafte Entwicklung in den 80er Jahren durchbricht. Daran knüpft auch die Wenderegierung an, mit ihren entsprechenden Maßnahmen nicht nur in den verschiedenen Rentenanpassungsgesetzen, sondern auch im Haushaltsbegleitgesetz 1983 und in verschiedensten Kürzungsmaßnahmen im sozialen Bereich.

Wenn, wie eingangs gesagt, die hektische Debatte um Renten heute an jene erinnert, die in den Jahren 1976—78 stattfand, so muß man unterstreichen, daß es dabei einige wesentliche Unterschiede gibt.

Dies betrifft nicht nur die Zusammensetzung der Bundesregierung und entsprechende politische Kräfteverhältnisse. Dies betrifft vor allem den Zustand der Reserven der Kassen: waren sie vor der Krise 74—76 recht hoch, so waren sie 1980 ausgesprochen gering, so daß die gesamte Ausgangslage wesentlich verändert erscheint.

Fortsetzung in der übernächsten Ausgabe

Tabelle 5: Rentenschichtungen 1960-1980
(% aller Renten der jeweiligen Gruppe)

Rentenhöhe (DM)	Arbeiterrenten Männer	Arbeiterrenten Frauen	Angestelltenrenten Männer	Angestelltenrenten Frauen	Witwenrenten Arbeiter	Witwenrenten Angestellte
1960						
Bis 200	48,24	97,19	24,02	68,83	95,52	64,63
200-300[1]	31,02	2,68	21,61	16,70	4,46	29,89
300-400	19,09	0,13	22,90	8,42	0,02	5,47
400-500	1,59	–	17,15	4,10	–	0,01
m. a. 500	0,06	–	14,62	1,95	–	–
Zahl der Renten (Mio.)	1,61	1,47	0,52	0,34	1,81	0,62
1970						
Bis 200	10,08	67,27	2,81	23,96	(180)[3] 24,08	12,99
200-400[2]	27,02	29,39	13,12	40,37	(360) 54,58	30,20
400-550[1]	21,89	2,93	12,09	14,90	(540) 20,79	34,56
550-700	24,03	0,36	14,92	9,96	0,55	22,25
700-900	15,95	0,05	24,73	7,34	–	–
m. a. 900	1,03	–	32,34	3,47	–	–
Renten (Mio.)	2,17	2,18	0,74	0,66	2,22	0,84
1973						
Bis 300	12,74	72,54	4,71	34,70	32,45	18,18
300-500[2]	18,59	18,38	8,85	24,80	(480) 44,82	26,88
500-700[1]	25,37	8,71	13,32	20,87	(720) 19,29	35,34
700-900	25,11	0,31	15,09	9,94	0,37	14,34
900-1100	15,59	0,04	20,14	5,72	0,06	5,26
m. a. 1100	2,60	0,01	37,89	3,97	–	–
Renten (Mio.)	2,27	2,40	0,80	0,77	2,29	0,89
1980						
Bis 600[2]	16,97	79,06	8,41	49,14	51,07	27,47
600- 800	11,19	12,68	6,04	15,56	(840) 33,34	23,09
800-1000	13,58	7,24	7,16	13,12	(960) 9,47	12,60
1000-1200[1]	16,64	0,87	8,73	8,32	5,77	20,23
1200-1600	32,05	0,14	24,82	9,48	0,35	16,63
m. a. 1600	9,57	0,01	44,84	4,37	–	–
Renten (Mio.)	2,50	2,85	1,10	1,20	2,48	1,04

1 Grenzwert, der etwa den durchschnittlichen Haushaltsausgaben aus Tabelle 4, Reihe 1 entspricht.
2 Grenzwert, der etwa der Kaufkraft von 300 DM im Jahr 1960 entspricht. Die genauen Werte waren: 1970 – 406 DM; 1973 – 482 DM; 1980 – 661 DM.
3 Die Witwenrenten sind in der Statistik anders gruppiert als die Versichertenrenten. Die Werte in Klammern geben ggf. abweichende Gruppengrenzen (Rentenhöhe) an.

Tabelle 10: Einkommensschichtung alleinstehender Frauen mit überwiegenden Renteneinkommen 1973

Einkommen (DM)	Anzahl (1000)	Prozent
bis 500	362	17,0
500- 600	334	15,7
600- 700	380	17,8
700- 800	313	14,7
800-1000	215	10,1
m. a. 1000	528	24,8

Quelle: Transfer-Enquête-Kommission, 169.

Einige Überlegungen zur Rentenpolitik

Aus dem vornestehenden Artikel ergeben sich im grundsätzlichen Bereich folgende Feststellungen:

1. Die gesetzliche Rentenversicherung ist **die** Altersversicherung der Arbeiterklasse. Jede Behauptung, es gäbe andere, gleichwertige Versicherungsarten ist Bestandteil der Offensive des Kapitals gegen diese Versicherung.

2. Die gesamte Rentenpolitik der BRD trägt eindeutigen Klassencharakter. Zwar hat die Arbeiterbewegung im Vergleich zu früheren Generationen wesentliche Fortschritte errungen. Die Benachteiligung der Arbeiter gegenüber den Selbständigen, Freiberuflern und Beamten aber ist eindeutig und gehört zum System.

3. In besonderem Maße sind die Probleme der Arbeiterschaft mit der Rentenversicherung stets und ohne wesentliche Änderung Probleme der Frauen.

4. Entgegen einem oberflächlichen Anschein und der ständigen Propaganda vollzog sich die Verbesserung in der Rentenfrage stets in Konfrontation mit den Kapitalisten und ihre Verbänden.

5. Die aktuelle Attacke der CDU/FDP-Regierung gegen das bisherige Rentensystem entspricht einer langfristigen Politik, die die Versicherungskonzerne als treibende Kraft hat. Das System soll schrittweise einer reaktionären Gegenreform unterzogen werden unter der Losung „Leistungsprinzip bei Renten“.

An diesen Punkten anknüpfend müssen Überlegungen stattfinden, wie in diesem Bereich Alternativen zu setzen sind. Dabei hat es wenig Sinn, die Auseinandersetzung weitgehend auf die Propagandaebene zu beschränken unter dem Motto „erst im Sozialismus ...“. Ebensowenig erscheint es für den politischen Kampf als nützlich, ein Forderungsprogramm in der Form eines Wunschkatalogs zu veröffentlichen.

Aktuell steht ohne Zweifel im Vordergrund, daß das bisherige Rentensystem zu verteidigen ist gegen den Angriff der Kapitalisten und der konservativen Parteien.

Dabei müssen, wie in der Vergangenheit auch, die Gewerkschaften und die Sozialverbände eine tragende und mobilisierende Rolle spielen — denn noch nie war das „Rentenproblem“ ein Problem etwa nur der Rentner.

Überlegungen zu einer grundsätzlichen Alternative, zu einer Verbesserung für die Arbeiterklasse müssen nach den gesamten Entwicklungen der letzten Jahre, dem Hin- und Herschieben von Löchern zwischen den einzelnen Bereichen der Sozialversicherung stets in Beachtung des ganzen System (Renten, Krankheit, Arbeitslosigkeit) geschehen.

Dabei bleibt ein Grundpfeiler jeder positiven Änderung auf der „Auszahlseite“ die Grundrente, gegen die sich vor allem die CDU/FDP aber auch, wie gesehen, die SPD-Führung, wehren. Das „Versorgungsprinzip“ muß endlich zur Geltung kommen, nicht als Geschenk an Alte, wie immer demagogisch dagegen angeführt wird, sondern als Recht. Dies wäre ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Lage sowohl der Frauen als auch der männlichen Kleinrentner, denen ihre Bezüge (stets „im soundsoviel Personenhaushalt“) keine selbständige Lebensführung ermöglichen. Die Mindestpension eines Beamten lag schon vor Jahren bei 1200 DM.

Auf der Einnahmeseite sind die Überlegungen, den Kapitalisten einen Maschinenbeitrag abzuverlangen zu begrüßen — genauere Überlegungen dazu werden an anderer Stelle gemacht werden. Genauso muß aber die Frage der Beitragsbemessungsgrenze aufgeworfen werden, da nicht einzusehen sein kann, daß für Einkommen über 6300 Mark kein Rentenbeitrag zu leisten ist. Wenn angestrebt wird, eine einheitliche Versicherung zu schaffen, die Vielgliedrigkeit und Verworrenheit zu beseitigen, so ist damit auch verbunden die Forderung, daß es keine Sonderbehandlung von Großverdienern und Selbständigen geben darf. Denn Vielgliedrigkeit und Bevorzugung dieser Schichten gehören zusammen.

Politisch stets im Zentrum dieser Auseinandersetzung wird auch der Bundeszuschuß stehen. Natürlich bestehen im Bundesetat gewaltige Reserven zur Sicherung der Sozialsysteme — es ist die Auseinandersetzung um die Durchsetzung politischer Prioritäten, beispielsweise gegen ständige Aufrüstung und anderes mehr.

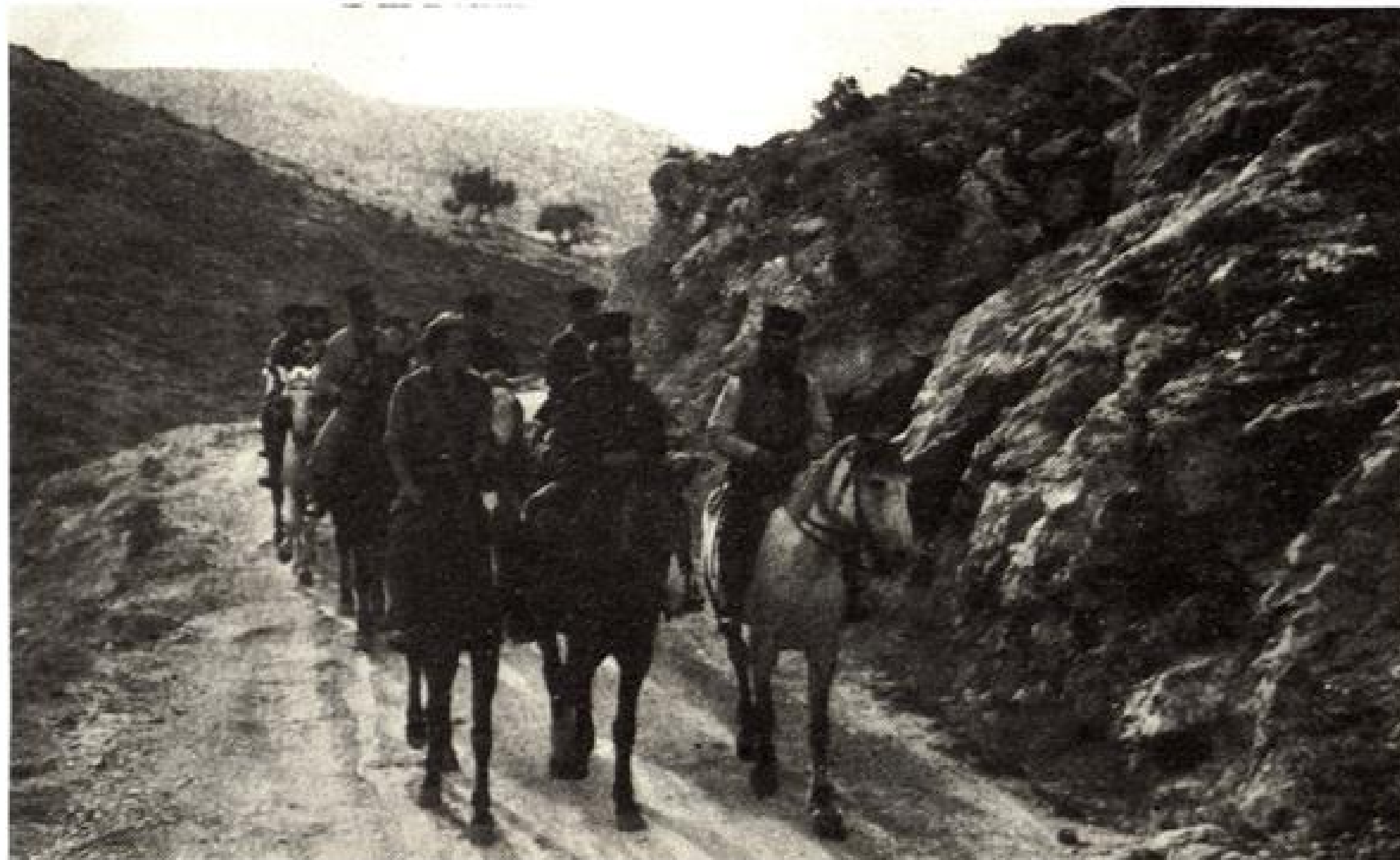
Hinweise

1. Volker Hentschel: Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880 — 1980 (Edition Suhrkamp, Neue Historische Bibliothek, NF 247) Seite 151
2. Ebenda, Seite 159/60
3. Sozialbericht der Bundesregierung 1978, Seite 195
4. Die deutsche Lebensversicherung, Jahrbuch 1980, Seite 37
5. Herbert Ehrenberg/Anke Fuchs: Sozialstaat und Freiheit, Seite 366

Eine neue Verfälschung der Nachkriegsgeschichte

„Eleni“ und der griechische Bürgerkrieg

Gegenwärtig häufen sich Publikationen über die unmittelbare Nachkriegszeit. Das häng nicht unbedingt nur mit dem 40. Jahrestag der Befreiungszusammen, der in diesem Jah das Interesse auch auf die Bedingungen und Umstände des „Neubeginns" nach 194 lenkt (eines Neubeginns allerdings, der sich in den westeuropäischen Ländern schon bal als Weiterentwicklung oder Restauration der alten gesellschaftlichen Verhältnisse ent puppte). Die Welle der Veröffentlichungen, Fernsehserien usw. zur Nachkriegsgeschicht hat vielmehr bereits vor einigen Jahren eingesetzt, und sie steht in einem bemerkenswer deutlichen Zusammenhang mit der sprunghaft angewachsenen Konfrontation zwische den beiden Supermächten seit dem Regierungsantritt von Ronald Reagan.



Griechische Partisanen 1943

Die Ereignisse in Griechenland allerdings sind jetzt für ein Millionenpublikum durch den Bestseller eines amerikanischen Autors aufbereitet worden. Nicholas Gage, ehemals Reporter der „New York Times“, hat mit seinem von ihm als Tatsachenbericht bezeichneten Buch „Eleni“ einen durchschlagenden Erfolg gehabt: Übersetzungen in 14 Sprachen, Literaturpreise, Vorbereitung einer Hollywood-Verfilmung; in der BRD erschien „Eleni“ unter anderem als Vorabdruck im „Stern“, die ARD widmete dem Buch einen längeren Beitrag zur besten Sendezeit. Die Anlage des Berichts nimmt sich zunächst vielversprechend aus und scheint im Trend einer Darstellung der Geschichte „von unten“ zu liegen: Gage hat in jahrelangen Ermittlungen das Leben seiner Mutter Eleni Gatzoyiannis rekonstruiert, die in dem griechischen Bergdorf Lia lebte und starb.

Es wird alsbald aber deutlich, daß sich Gage nur für eines interessiert: für den Tod seiner Mutter und die Rache an den dafür Verantwortlichen. Eleni Gatzoyiannis wurde nämlich von einem Volksgericht der griechischen Befreiungsbewegung zum Tode verurteilt und von Partisanen hingerichtet. Gage mischt in seinem Buch wirkungsvoll tatsächliche oder behauptete Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit mit romanhaften Elementen einer „seichten Unterhaltungsliteratur“ (wie sogar die FAZ kritisch anmerkte) und scheut dabei auch nicht vor Effekten im Stil von „Ein Mann sieht rot“ zurück: So schildert er sich selbst als Rächer, der sich mit einer Pistole in das Haus des ehemaligen Anklägers seiner Mutter schleicht, um ihn zu erschießen. Dieser Mord findet zwar dann doch nicht statt; die Rache des John Gage aber ist dennoch gelungen.

Er hat nämlich mit seinem auf die totale Mobilisierung von Emotionen angelegten Buch mit anderen Mitteln das gleiche erreicht wie sein Landsmann John Milius mit seinem letztes Jahr in der BRD angelaufenen (und nach Protestaktionen zumeist glücklicherweise schnell wieder aus den Kinos verschwundenen) Film „Die rote Flut“. Wie jener Film als Fiktion einen Überfall der Sowjetunion und ihrer mittelamerikanischen „Hilfstruppen“ auf die friedlichen Bürger der friedlichen USA ins Bild setzt, so verfälscht Gage in seinem angeblichen Tatsachenbericht den griechischen Bürgerkrieg der vierziger Jahre zu einer Flutwelle kommunistischer Grausamkeit, die unschuldige Menschen ins Verderben reißt. Insofern paßt „Eleni“ nahtlos in Reagans Kreuzzug. Und in bezug auf die Verfälschung der Nachkriegsgeschichte hat das Buch für die reaktionäre Propaganda den Vorteil, daß es nicht zum hundertsten Mal die Geschichte erzählt, wie die Kommunisten in Prag oder Warschau die Demokratie zerschlagen haben, sondern die Legende vom kommunistischen Terrorismus auf einem neuen Schauplatz ausbreitet.

Die tatsächliche Entwicklung des Bürgerkriegs in Griechenland kann hier nur stichwortartig dargestellt werden. Die sich über Jahre hinziehenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den demokratischen Kräften und der Reaktion haben ihre historischen Wurzeln bereits in den dreißiger Jahren. 1936 installiert der griechische König Georg II. eine monarchofaschistische Diktatur, die sowohl von Hitler-Deutschland wie auch von Großbritannien unterstützt wird. Nach einem gescheiterten italienischen Überfall auf Griechenland marschiert im Winter 1940/41 die deutsche Wehrmacht ein. Ein Teil des Regimes unter Führung des Königs flieht nach Kairo unter britischen Schutz; der andere Teil arbeitet mit den deutschen Besatzern zusammen und stellt unter anderem die Reste der geschlagenen griechischen Armee und der Polizei den Besatzern als Instrumente zur Terrorisierung der Bevölkerung zur Verfügung.

Im Herbst 1941 gründen die Kommunistische Partei (KKE) und die anderen demokratischen Kräfte -- bis hin zur bürgerlichen antifaschistischen Opposition -- die Nationale Befreiungsfront (EAM), deren militärischer Arm, die ELAS, wenige Monate später den bewaffneten Kampf gegen die Wehrmacht aufnimmt. Die außerordentlich breite Basis der Befreiungsfront zeigt sich unter anderem in der Tatsache, daß von den damals sieben Millionen Griechen 1,5 Millionen in den verschiedenen Organisationen der EAM -- wie Jugendverbänden, Dorfkomitees, Gewerkschaften usw. -- aktiv sind. In den befreiten Gebieten organisiert die EAM Strukturen einer demokratischen Selbstverwaltung; aus Wahlen in diesen Gebieten (die zu jener Zeit schon den größten Teil Griechenlands umfassen) geht 1944 eine provisorische Regierung hervor.

Diese Entwicklung gerät zunehmend in Konflikt mit den Interessen der britischen Imperialisten, die Griechenland als Halbkolonie betrachten und ihrerseits in Kairo unter der Führung von G. Papandreou eine monarchistische griechische Exilregierung installiert haben. Eine von den Briten finanzierte und ausgerüstete Widerstandsgruppe (EDES) provoziert in Griechenland bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Befreiungsfront. Es kommt -- noch während der deutschen Besetzung -- zum ersten Bürgerkrieg zwischen den Einheiten der ELAS und denen der EDES.

Der Zweck dieser Manöver ist es, die EAM zum Eintritt in eine „Regierung der nationalen Einheit“ unter Papandreous Führung zu zwingen -- was auch gelingt. Als die deutschen Faschisten im Herbst 1944 aus Griechenland abziehen müssen, kontrolliert die EAM/ELAS neun Zehntel des griechischen Territoriums. Nach der Rückkehr Papandreous wenig später wird der Pferdefuß der „Regierung der nationalen Einheit“ offen sichtbar: Die Briten stationieren starke Truppenverbände in Griechenland und bewaffnen zudem Militäreinheiten des früheren monarchofaschistischen Regimes; von der ELAS wird dagegen die sofortige Demobilisierung verlangt.

Die Partisanen stimmen ihrer Entwaffnung allerdings nicht zu. Am 1. Dezember 1944 treten die Linken aus der Regierung aus. Zwei Tage später findet in Athen eine Massendemonstration gegen die britische Militärpräsenz, gegen Pa-

Fortsetzung auf Seite 14

Ein solcher Zusammenhang ist freilich nicht zufällig. Denn die Reagan-Administration stellt in zunehmend aggressiver Weise das „System von Jalta“ -- gemeint ist damit stets der dominierende sowjetische Einfluß auf die heutigen RGW-Länder -- in Frage, wobei die erwähnten Publikationen in der Regel die propagandistische Begleitmusik liefern, indem sie in immer neuen Varianten erzählen, wie in jenen Ländern nach dem Krieg die „demokratischen“ Kräfte von den Kommunisten brutal ausgeschaltet wurden, wie ein bauernschlauer Stalin seine westlichen Gegenspieler Roosevelt und Churchill ständig übertölpelte und sich schließlich der „eiserne Vorhang“ herabsenkte, durch den das Europa östlich der Elbe endgültig von der „freien Welt“ (des Kapitals) abgetrennt wurde. Die mehr oder weniger deutlich ausgesprochene Schlußfolgerung: Was damals vom Westen verspielt wurde, kann nicht endgültig verloren sein. So soll dem auf eine „Befreiung“ Osteuropas zielenden Kreuzzug der Reagan-Leute (und der in deren Windschatten immer unverschämter auftretenden Revanche-Hetzer vom Schlage eines Dregger oder Hupka) eine geschichtliche Legitimation verschafft werden.

Es ist ja bezeichnend, daß die in der letzten Zeit so laut und vielstimmig vorgetragenen Forderungen nach einer Überwindung des Systems von Jalta nahezu ausschließlich auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Osteuropa abzielen, so als sei mit dem Anfang 1945 zwischen der Sowjetunion, den USA und Großbritannien in Jalta vereinbarten Abkommen Osteuropa an die Sowjets „verschenkt“ worden. Die Vereinbarung dieser Mächte der Anti-Hitler-Koalition bezog sich jedoch zum einen auf das gesamte vom Faschismus befreite Europa (einschließlich Deutschlands selbst) und legte zum anderen auch nicht irgendwelche Einflußsphären fest -- solche Sphären waren real durch die Truppenpräsenz der jeweiligen Alliierten in den verschiedenen Regionen Europas entstanden; sie verfestigten sich zu „Blöcken“ erst durch die Kalte-Kriegs-Politik des US-Imperialismus.

Das Abkommen von Jalta legte in bezug auf die angetrebte Nachkriegsordnung in Europa unter anderem einige allgemeine Richtlinien fest, nach denen den vom Faschismus befreiten Völkern beispielsweise dabei geholfen werden sollte, die letzten Spuren des Faschismus zu vernichten und „demokratische Einrichtungen ihrer eigenen Wahl zu schaffen.“ Was aus diesen Richtlinien in Westeuropa geworden ist -- darüber kann man in den erwähnten Veröffentlichungen allerdings so gut wie nichts erfahren. Dabei wäre es überaus nützlich, gerade diese Aspekte der Nachkriegsentwicklung dem von bürgerlichen Medien und Politikern organisierten Vergessen zu entreißen. Die Tatsache, daß beispielsweise in der BRD die neuen „demokratischen Verhältnisse“ begründet wurden durch die Wiederaufnahme faschistischer Berufsverbotspraxis und Kommunistenverfolgung, durch die Zerschlagung demokratischer Gewerkschaftsstrukturen usw. ist zumindest hierzulande nicht vollständig in Vergessenheit geraten. Aber wer weiß schon noch daß die christdemokratische Dauerregierung in Italien ihre Existenz einer Wahl nach Art von El Salvador mit organisiertem Terror gegen die Linke und der Androhung einer amerikanischen Militärintervention dankt? Oder daß in Griechenland die demokratische Bewegung nach dem Krieg in einem Meer von Blut ertränkt wurde?



Von der faschistischen Hitler-Armee hingerichtete griechische Patrioten



Diskussion der Überstundenfrage

Unsere Zelle begrüßt es sehr, daß das Thema „Überstunden“ unter die Lupe genommen wird. Nicht umsonst sorgt in allen Betrieben, wo Gewerkschafter aktiv sind, die Genehmigung von Überstunden durch Betriebsräte immer wieder für Debatten und Kritik.

Wir möchten, wenn auch etwas spät, auf den Diskussionsbeitrag von A.S./ Siemens antworten, der im RM 49/84 abgedruckt war. Eins vorweg: Das Vorgehen in dem konkreten Fall Systemprüffeld finden wir völlig richtig. Wir sind mit A. auch einer Meinung, daß es wichtig ist, die Kolleginnen und Kollegen zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Überstunden zu bringen. Erst recht stimmen wir ihr zu, daß man nicht sehr weit kommt, wenn man das Thema nur im Sinne „Genehmigung — ja oder nein“ diskutiert. Das geht gerade an den Befürwortern vorbei.

Uns geht es hier vor allem um den Ausgangspunkt von A.s Überlegungen:
1. Zur Frage Überstunden und Sonderschichten nach dem Streik. A. meint hierzu:

„Nach Abschluß des Kampfes (um die 35-Stunden-Woche) bestand doch keine unmittelbare Notwendigkeit mehr für die Kollegen, die Überstunden zu verweigern (...)“

Wir meinen dazu 1. ist der Kampf doch überhaupt noch nicht zu Ende, im Gegenteil! Jetzt geht es ja überhaupt erst um die **Durchsetzung** einer wirksamen Arbeitszeitverkürzung. Da sind massenweise Überstunden und Sonderschichten direkt gegen das Streikziel gerichtet und politisch gesehen auf jeden Fall ein Verrat am Streik. Es ist unglaubwürdig, wenn man sechs Wochen für Arbeitszeitverkürzung streikt und danach läßig Arbeitszeitverlängerung praktiziert! Außerdem ist die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit sowieso eine ständige Kampfaufgabe im Betrieb. Erst recht natürlich nach so einem Kampf, wo die Kapitalisten jetzt weitestgehend Flexibilisierung der Arbeitszeit durchsetzen wollen. Man kommt ihnen ja geradezu entgegen, wenn man kampflos die Flexibiliserung durch Überstunden und Sonderschichten genehmigt.

Hinzu kommt noch ein wesentlicher Punkt: Wenn sowas normal ist, braucht kein Kapitalist mehr vor zukünftigen Kämpfen Angst zu haben. Der Schaden ist dann nämlich für ihn berechenbar. Das heißt, er weiß dann, daß nach dem Kampf die brave Belegschaft sozusagen „Schadensersatz“ leistet. (Ähnlich verhält es sich ja mit der für die Durchsetzungskraft der Arbeiterklasse gefährlichen Situation, daß der „deutsche Durchschnittsarbeiter“ nur solange streikt, wie er dafür Geld bekommt). Was aber macht unsere Stärke aus? Wir, die Arbeiter, sind die Produzenten. Wir können den Besitz der Kapitalisten, die Produktionsmittel wertlos machen. Das „schockt“ und bringt gewisse „Einsichten“ der Gegenseite.
2. Nun zum wesentlichen Punkt von A.S.: „Der wesentliche Punkt bei den Überstunden ist für mich nicht, wie man erreicht, daß die Betriebsräte sie ablehnen, sondern wie man erreicht, daß die Kolleginnen und Kollegen sie ablehnen“. Wir meinen, so darf man das nicht gegenüberstellen! Die Zahlen bezeugen eindeutig, daß nur wenige Betriebsräte gerade in großen Firmen überhaupt in der Überstundenfrage ein Problem sehen, daß es abzustellen gilt. Betriebsrat und Vertrauenskörper spielen aber für die Grundhaltung der Belegschaft eine wichtige Rolle. Sie sollen die fortschrittlichsten Kollegen und konsequente Interessenvertreter sein, die genügend Weitblick haben, den Kollegen die negativen Folgen von Überstunden deutlich zu machen. Deswegen ist es erstmal eine vorrangige Aufgabe, daß die Betriebsräte eine richtige Haltung zu Überstunden einnehmen und entsprechend in die Belegschaft hineinwirken. Gerade bei überstundenwilliger Belegschaft ist es wichtig, durch ablehnende Haltung konfliktreiche Diskussionen auszulösen, um das Interesse zu wecken. Auf dieser Grundlage kann man dann auch über konkrete Taktik reden, wie man die Belegschaft am besten auf seine Seite zieht.
3. Zur Taktik schreibt A. folgendes: „(...) daß die betrieblichen Auseinandersetzungen nicht um Prinzipien, sondern um Forderungen geführt werden“.

Auch hierzu meinen wir, daß dies eine falsche Gegenüberstellung ist! Es ist sicher richtig, daß man oft in Situation kommt, wo man einen Umweg braucht, um die Kolleginnen und Kollegen zu einer ablehnenden Haltung gegen Überstunden zu bringen, daß also die Verweigerung oder Zustimmung von Überstunden „ein Mittel zur Durchsetzung bestimmter Forderungen sein muß“. Um aber hier die richtigen Forderungen zu entwickeln, muß man doch genau von der prinzipiellen Haltung gegen Überstunden ausgehen! Was sind denn die verschmähten Prinzipien? Überstunden sind vom Prinzip her ein Instrument der Kapitalisten, die Arbeitskraft stärker auszunutzen, Konkurrenzvorteile herauszuschlagen — immer auf Kosten von uns Arbeitern. Denn die andere Seite sieht ja so aus: Überstunden vernichten oder gefährden Arbeitsplätze, greifen die Gesundheit an, unterlaufen jede Lohnforderung, erhöhen die Abhängigkeit vom Unternehmer und spalten die Belegschaft in „normale“ und „Überstundenklopper“. Deswegen lehnen wir Überstunden „vom Prinzip“ ab. Das sind doch aber ganz konkrete Fragen, die man anhand der konkreten Fakten im jeweiligen Fall auch konkret beweisen können muß. Genau das ist ein wichtiger Teil unserer politischen Arbeit. Oft genug sind allerdings diese „Prinzipien“ also zusammengefaßten Erfahrungen, bei Betriebsrat und Belegschaft nicht verankert. Deshalb benötigt man solche Umwege, wie A.S. sie von Siemens schildert. Das Ziel dabei muß aber neben der Durchsetzung von Forderungen, die eine Gegenwirkung bezwecken, eben die Erzeugung einer prinzipiellen Haltung gegen Überstunden sein.

Bei der Firma, in der unsere Parteizelle arbeitet (Still/Hamburg), hat ein solcher „prinzipieller“ Kampf gegen Überstunden über Jahre hinweg (besonders von seiten des Vertrauenskörpers) immerhin dazu geführt, daß „nur“ etwa 1 Prozent der Jahresarbeitszeit an Überstunden gefahren werden. Es werden also Überstunden genehmigt, aber jedes Mal gibt es darum eine „prinzipielle“ Auseinandersetzung. Aber selbst damit sind wir nicht zufrieden.

Zur Frage des Umgangs mit Überstunden hat uns auch ein Genosse der Firma Jungheinrich/Hamburg (Gabelstabler) gut Beispiele gegeben, die wir hier beilegen.

Wir fänden es auch wichtig, daß diese Erfahrungen mitabgedruckt werden. Vielleicht auch als gesonderten Beitrag mit entsprechenden redaktionellen Änderungen (was den Zusammenhang zu diesem allgemeinen Beitrag betrifft).

Rot Front!
Zelle Still, Hamburg

Nicht schwarz-weiß

Beim Abdruck meines Leserbriefs „nicht unter den Tisch“ im RM 7/85 wurde ein Satz eingefügt, den ich nicht geschrieben haben, nämlich der zweite Satz: „Ich habe vielmehr behauptet, daß der Bourgeoisie sämtliche Produktionsmittel entrissen werden müssen.“ Es ist zwar natürlich richtig, daß dies in einer sozialistischen Revolution geschehen muß, aber durch diesen Zusatz geht der Sinn bzw. der Zusammenhang verloren: H.D. Koch hatte in seiner „Anmerkung“ unterstellt, ich hätte behauptet, die diesbezüglichen Auffassungen von Marx und Engels würden in dem infrage stehenden Artikel im TO verschwiegen. In Wirklichkeit habe ich das nicht behauptet, sondern ich habe behauptet, daß der Artikel im TO die Kritik von Marx und Engels an der Kommune verschweigt.

Bei dieser Gelegenheit ein Wort zu einem Punkt im Leserbrief des Genossen M.L. aus Kiel im RM 7/85, der auf den Brief des Genossen R.P. erwidert:

Genosse M.L. hält es für Schwarz-Weiß-Malerei, wenn man annimmt, Stalin werde von der Parteiführung „über Bord geschmissen“. Ich kann den diesbezüglichen Wunsch des Genossen zwar gut verstehen, doch sind Wunsch und Wirklichkeit zweierlei. Gewiß, noch wird Stalin „nur“ totgeschwiegen. Dennoch wird die Haltung der Parteiführung zu Stalin bereits jetzt deutlich genug:

Die meisten der revolutionären Ansätze Lenins sind „im Verlauf der sowjetischen Entwicklung verschüttet worden“, man wird sie „ausgraben“ müssen (vgl. TO 10 S. 123). Zunehmend „verkam“ der „staatsoffizielle ‚Marxismus'“ „zur Rechtfertigungslehre der bestehenden Verhältnisse“ (ebenda, S. 10f.) Kein Wunder, denn etwa die folgende Äußerung Stalins muß natürlich in den Augen H.D. Kochs geradezu eine Sünde wider den Heiligen Geist sein; Stalin sagt, daß „die Führung durch die Partei das Wesentliche an der Diktatur des Proletariats ist, wenn man eine einigermaßen feste und vollständige Diktatur im Auge hat und nicht etwa eine solche, wie es zum Beispiel die Pariser Kommune war, die keine vollständige und feste Diktatur darstellte“. (Werke Bd. 8, Seite 42)

Gleichzeitig kämpfte Stalin gegen diejenigen, die — wie es z.B. Trotzki damals tat — „zwischen der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Partei ... ein Gleichheitszeichen setzen“, und er warnte davor, „nicht auf die Stimme der parteilosen Massen zu hören“ (ebenda, Seite 53)

Lenin hatte ja betont, daß der Bürokratismus zwar entschieden bekämpft werden mußte, daß er aber nicht beseitigt werden konnte, da er sozialökonomische Wurzeln hatte; seine restlose Beseitigung „ist erst dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird“. (Lenin, Werke Bd. 29, Seite 168). Stalin war es, der 1928 feststellte, daß „der kommunistische Bürokrat (...) der gefährlichste Typ des Bürokraten (ist). Warum? Weil er seinen Bürokratismus mit seiner Parteimitgliedschaft maskiert.“ (Stalin, Werke Bd. 11, Seite 63). Stalin war der Ansicht, daß die „Organisierung der Kritik der Millionenmassen der Arbeiterklasse gegen den Bürokratismus in unseren Institutionen“ das Hauptmittel des Kampfes sein mußte; er sagte: „Man spricht über Kritik von oben, über Kritik seitens der Arbeiter- und Bauerninspektion, seitens des ZK unserer Partei usw. All das ist natürlich gut. Aber es ist bei weitem nicht genug. Mehr noch, das ist jetzt gar nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist jetzt (...) eine breite Welle der Kritik von unten auszulösen. Nur wenn wir erreichen, daß der Druck von zwei Seiten erfolgt — sowohl von oben als auch von unten —, nur wenn das Schwergewicht auf die Kritik von unten verlegt wird, wird man auf Erfolge im Kampf und auf die Ausrottung des Bürokratismus rechnen können.“ (Stalin, Werke Bd. 11, Seite 65).

Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß bei diesem Kampf auch Fehler gemacht wurden, daß es Versäumnisse gab usw. — gerade unter derart schwierigen Bedingungen konnte wohl kaum erwartet werden, daß es ohne Fehler abging. Darüber müßte man sich im einzelnen den Kopf zerbrechen, um vernünftige Schlußfolgerungen für die Zukunft ziehen zu können. Beispielweise bedauerte Stalin 1924, daß es nur „in minimalsten Umfang“ gelungen war, „Lenins Vermächtnis, den Staatsapparat einzuschränken und zu vereinfachen“, zu erfüllen, und er nennt in diesem Zusammenhang konkrete Zahlen (Stalin, Werke Bd. 6, Seite 190). Es wäre sicherlich lehrreich, die weitere Entwicklung insoweit konkret zu untersuchen. Sicher deutet viel darauf hin, daß zeitweilig bei der Durchführung der praktischen Politik unter den bekannten schwierigen Bedingungen die Aufgabe der „Einschränkung und Vereinfachung des Staatsapparats“ vernachlässigt wurde; dies besonders nach dem zweiten Weltkrieg, als offenbar ein gewisses Gefühl der Selbstzufriedenheit aufkam (vgl. etwa Malenkows Bericht auf dem 19. Parteitag, wo diese Aufgabe so gut wie völlig „übersehen“ wird, obwohl die Gefahr des Bürokratismus benannt wird).

All dies hat aber nichts zu tun mit der gleichermaßen lapidaren wie dümmlichen Behauptung, zur Zeit Stalins sei „die Aktivität der Massen durch staatliche Apparate ersetzt“ worden — eine Behauptung, die die Parteiführung noch nicht offen aufstellt, aber deutlich genug suggeriert. Eine solche Behauptung verhindert gerade auch eine fruchtbringende Auswertung der Fehler, Mängel und Versäumnisse der Sowjetunion zur Zeit Stalins; freilich paßt sie gut in das schablonenhafte Schema Horst-Dieter Kochs vom „Absterben des Staates“.

Lenin hob hervor: Sofern die werktätigen Massen selbst regieren, „verschwindet der besondere Apparat für die Verwaltung, verschwindet der besondere Apparat für eine staatliche Gewaltanwendung“. (Lenin, Werke Bd. 27, Seite 113). „Heranziehung aller Werktätigen ohne Ausnahme zur Verwaltung des Staates“, so heißt die Aufgabe, aber das ist eine „gigantisch schwierige Aufgabe“ (Lenin, Werke Bd. 27, Seite 122).

Die vollständige Lösung dieser Aufgabe ist identisch mit der endgültigen Beseitigung der Wurzeln des Bürokratismus, sie ist identisch mit dem Absterben des Staates (d.h. eines besonderen Apparats). Das heißt aber: Sie ist identisch mit dem Absterben der Klassen, dem Erreichen des Kommunismus. Daß in der Sowjetunion beim Kampf um die Erreichung dieses Zieles Fehler gemacht wurden, bestreitet niemand. Will man aber Stalin vorwerfen, daß dieses Ziel nicht erreicht worden ist, so erledigt sich eine solche „Kritik an Stalin“ von selbst — durch Komik.

Rot Front
P.R., Heidelberg

Inhalt erwünscht

Ich melde mich zu Wort, weil ich eine **inhaltliche** Diskussion über den Sozialismus-Artikel im TO Nr. 10 wünsche, statt Schlagworte, Zitate und Unterstellungen. Ich muß den Genossen, die dem ZK so heftig Opportunismus, Revisionismus und Trotzkismus vorwerfen, sagen: Bisher seid Ihr in Euren Leserbriefen außer mit Zitaten der Klassiker überhaupt nicht auf die wirklichen Fragen eingegangen, die in dem Artikel des Genossen Koch aufgeworfen worden sind.

Wenn wir uns **nur** in alter Manier gegenseitig Zitate um die Ohren hauen, ohne ernsthaft zu prüfen, was ist richtig, was ist falsch und was ist eventuell auch heute noch gar nicht genau zu übersehen, dann wird diese Auseinandersetzung uns nicht voranbringen.

Ich frage die Genossen, die jetzt Sturm laufen gegen das ZK: Wieso war Lenin eigentlich nahezu die gesamte Zeit, in der er für die Bolschewiki wirkte, mit all den Abweichlern, Zentristen, Opportunisten etc. in **einer** Partei? Habt Ihr Euch darüber schon mal Gedanken gemacht? Ich meine, daß Lenin zwar mit aller Schärfe den ideologischen Kampf führte, engagiert und leidenschaftlich, aber genausо eindeutig wußte er, wer für die **hauptsächlichen** Ziele mit den Bolschewiki **gemeinsam** handelte.

Lenins Partei war nie in dem Sinne aus einem Guß oder eine monolithische Partei, in der alle das gleiche vertraten. Oft war die Partei eher das genaue Gegenteil. Phasen der Stärke und Geschlossenheit, folgten Phasen des Zerfalls, der Zersetzung, der Demoralisierung oder auch manchmal schlichtweg ein heilloses Durcheinander. Lenin verstand es nun, in den jeweiligen Phasen der Parteientwicklung gegenzusteuern. Wenn z.B. die Zerfahrenheit zu groß wurde (ideologisch/politisch und organisatorisch) dann polemisierte er heftigst gegen diejenigen, die einen solchen Zustand verewigen wollten. Umgekehrt pflegte er in Zeiten weitgehender Übereinstimmung, in Zeiten von scheinbarem Gleichgewicht und Selbstzufriedenheit, aufzuräumen mit Mief und Tradition, mit Autoritätshörigkeit und Selbstzufriedenheit. Dann war er es, der mit seinen Beiträgen andere zu schocken pflegte.

Ich finde es einen wesentlichen Fortschritt, daß unsere Partei, die KPD, heute nicht mehr so **borniert** an die politischen Probleme herangeht wie früher. Was meine ich damit?

Ich beurteile z.B. nach wie vor die Rolle Stalins beim Aufbau des Sozialismus in der SU hauptsächlich positiv. Aber deshalb sehe ich mich im Gegensatz zu früher nicht dazu veranlaßt, auf Teufel komm raus **alles** zu rechtfertigen oder für gut zu halten, was er gesagt, getan oder geschrieben hat. Mit dieser schwarz-weiß-Malerei bin ich doch niemals glaubwürdig gewesen.

Ich weiß doch, daß es damals eine **nahezu unlösbare** Aufgabe war, die Feinde des Sozialismus **diktatorisch** niederzuhalten und gleichzeitig nicht in den Fehler zu verfallen, die **Demokratie für** die **Arbeiter** und **Bauern** einzuschränken.

Ich meine allerdings, daß es **Wendepunkte** in der Geschichte der SU gab, an denen die Partei mehr die Frage der Entfaltung der Demokratie hätte betonen müssen, an denen die Arbeiter das Versammlungs- und Streikrecht hätten haben müssen, um besser gegen Fehlentwicklungen vorgehen zu können. Und mir scheint, daß die Partei innerhalb des Staates wie auch innerhalb der eigenen Reihen Kritik an Mißständen und politischen Entscheidungen nicht immer richtig zu unterscheiden wußte von wirklichen konterrevolutionären Aktivitäten.

Zu all diesen Fragen, die auch Probleme für unseren Kampf sind, entwickelt nun das ZK eine andere Meinung als früher. Ich bin auch der Auffassung, daß dies wesentlich deutlicher gekennzeichnet werden müßte, warum wir heute andere Auffassungen vertreten. Wenn das nicht getan wird, erscheint die Politik des ZK zu Recht für viele als ein Linienschwenk unter der Hand.

Zumal auch nach wie vor Tendenzen aus den Artikel hervorschimmern, die nun die neuen Auffassungen **wieder einseitig verabsolutieren.** Auch die Begriffe wie „Selbstverwaltung“, „weniger Staat“, „Diktatur der Klasse statt Diktatur der Partei“ sind ja keine Patentrezepte, und allein damit können wir die auftauchenden Fragen nicht beantworten.

Nichts desto weniger meine ich, daß das ZK Recht hat mit seiner Auffassung, daß in diesen Fragen für viele klassenbewußte Arbeiter ganz wesentliche Vorbehalte gegenüber uns Kommunisten begründet liegen und ich finde es richtig, daß wir hierzu **unsere eigenen** Auffassungen entwickeln. Die Waffe des Marxismus-Leninismus wird nämlich stumpf, wenn wir die Lehren der Klassiker nur nachbeten, anstatt sie auf unsere Wirklichkeit versuchen anzuwenden.

Mir gefällt sicherlich auch vieles nicht am Zustand unserer Partei heute. Insbesondere finde ich es alarmierend, daß die praktischen Aktivitäten in den Betrieben zurückgehen, die Betriebszeitungen nur noch selten erscheinen oder überhaupt nicht mehr usw. Die Arbeiterklasse wird mit unseren Ideen und Auffassungen gar nicht mehr bekannt gemacht. Das ist um so schlimmer, als wir heute wesentlich realistischer und glaubwürdiger Antworten auf politische Fragen geben können. Das ist auch deshalb so schlimm, weil die Partei eine der ganz wenigen revolutionären Organisationen ist, die willens und in der Lage ist, sowohl mit Organisationen und Menschen, die rechts von ihr stehen (linke Sozialdemokraten, Revisionisten, Grüne etc.) als auch solche die uns von links kritisieren (MLPD, Spontis, Syndikalisten) gemeinsam zu sprechen, zu diskutieren und auch gemeinsam zu handeln.

Nur wer auf einem hohen Roß sitzt und sich selbst arrogant zum Nabel der Welt erklärt, kann diese Bereitschaft und Eigenschaft der KPD als Prinzipienlosigkeit diffamieren.

Die Partei hat sich politisch geöffnet. Daß diese Entwicklung allerdings auch Ausrutscher, Fehleinschätzungen usw. in unerwünschte Richtungen mit sich bringt, liegt in der Natur der Sache. Aber lieber eine Partei, in der lebendig und kontrovers politisch diskutiert werden kann, als ein totes Gebilde auf tönernen Füßen, gekittet mit Autoritätshörigkeit und Kadavergehorsam.

Für den Rückgang der **praktischen** Aktivitäten können wir aber m.E. nach nicht das ZK verantwortlich machen. Da müssen **wir,** die Genossen an der Basis uns wohl an die eigene Nase packen. Ich glaube schon lange nicht mehr daran, daß alles Gute von oben kommt, schon gar nicht was die Initiierung von praktischen Aktivitäten angeht. (Als Beispiel sei hier nur der RM-Verkauf angeführt: Daß im Schnitt jeder Genosse bei uns nicht einmal einen RM verkauft, kann man nicht dem ZK anlasten. Und weil ich meine vier bis sechs RMs auch weiter an Kollegen im Betrieb verkaufen will, will ich übrigens auch nicht, daß die Leserbriefseite über mehr als eine Seite ausgedehnt wird.)

Mit revolutionären Grüßen
Norbert B., Dortmund

„Eleni" und der griechische Bürgerkrieg

Fortsetzung von Seite 12

pandreou und die Faschisten statt. Polizeieinheiten richten unter den unbewaffneten Demonstranten ein Massaker an. Als Reaktion auf dieses Blutbad kommt es zu neuen Massendemonstrationen in der Hauptstadt; die ELAS rückt mit drei Partisanendivisionen auf Athen vor. Sie können in schweren Kämpfen fast die gesamte Stadt einnehmen und bringen die britischen Verbände samt deren griechischen Hilfstruppen an den Rand der Kapitulation. Erst als Churchill massive Luft- und Seestreitkräfte zur Unterstützung heranführen läßt, muß sich die ELAS aus Athen -- wie auch Piräus und Saloniki -- zurückziehen.

Diese zweite Phase des Bürgerkrieges wird beendet mit einem Abkommen zwischen der EAM/ELAS und der Regierung, das einer faktischen Kapitulation der demokratischen Kräfte gleichkommt. Denn in diesem „Varkiza-Abkommen" wird der Entwaffnung der Partisanen-Einheiten zugestimmt. Die Gegenleistung der Regierung sollten unter anderem sein: Säuberung aller Staatsorgane von Kollaborateuren (mit den deutschen Besatzern) und Faschisten, Amnestie, Legalisierung der KKE, Freilassung aller politischen Gefangenen und Geiseln, freie Wahlen binnen eines Jahres und Volksabstimmung über Beibehaltung bzw. Abschaffung der Monarchie.

Kein einziger Bestandteil dieser Abmachung ist von den Briten und ihren Athener Lakaien eingehalten worden. Es setzt eine Welle des weißen Terrors ein, nach dem gleichen Muster, wie man es heute aus Lateinamerika kennt. Innerhalb der Armee bilden sich (mit Unterstützung der offiziellen Stellen) Todesschwadrone wie die Organisation X, die systematisch die Liquidierung der führenden Demokraten betreiben. Auch der legendäre ELAS-Chef Aris Velouchiotis wird ermordet; seinen abgeschlagenen Kopf stellen die Faschisten an mehreren Orten Griechenlands „zur Abschreckung" öffentlich aus. Gleichzeitig finden Massenverhaftungen statt, denen Zehntausende von Anhängern der EAM zum Opfer fallen. In dieser Atmosphäre des Terrors, in der natürlich keinerlei legale Aktivität der Demokraten möglich ist, werden im März 1946 Wahlen durchgezogen, auf die KKE und andere demokratische Kräfte konsequenterweise mit Boykott reagieren. Der so sichergestellte „Wahlsieg" der Reaktion ist Anlaß für eine neue Welle des Terrors. Die Zahl der Internierten auf den berüchtigten KZ-Inseln wie Jaros oder Makronissos und in anderen Folteranlagen steigt auf über 100000. Der physische Vernichtung der Partisanen wird nun nicht mehr allein von den Todesschwadronen betrieben: innerhalb kurzer Zeit finden 1500 Hinrichtungen statt.

Unter diesen Bedingungen des schrankenlosen Terrors beschließt das ZK der KKE die Initiative zur Gründung einer „Demokratischen Armee". Im Oktober 1946 wird der bewaffnete Kampf wieder aufgenommen; bereits wenige Monate später umfaßt die neue Befreiungsarmee 7000 aktive Kämpfer. Die britischen Imperialisten können diese Entwicklung nicht mehr in den Griff bekommen. Sie wenden sich um Unterstützung an ihre amerikanischen Verbündeten. Auf der Grundlage der Truman-Doktrin greifen nun die US-Imperialisten mit eigenen Streitkräften und massiver Militärhilfe in den Kampf gegen die demokratischen Kräfte ein. Sie legen so die Grundlage für ihre spätere Hegemonie über Griechenland. Zugleich dient ihnen dieser Krieg -- so wie wenige Jahrzehnte zuvor der spanische Bürgerkrieg den deutschen Faschisten -- als Experimentierfeld für die Erprobung neuer Kampfemthoden und neuer Waffen (wie etwa Napalm).

Diese dritte Phase des Bürgerkriegs zog sich bis 1949 hin. Daß sie mit der endgültigen Niederlage der demokratischen Kräfte endete, hat eine ganze Reihe von Ursachen, die nicht nur im ungleichen militärischen Kräfteverhältnis, sondern beispielsweise auch in schweren Konflikten innerhalb der KKE-Führung oder in Titos „Abfall" vom sozialistischen Lager (wodurch Jugoslawien als Hinterland für die Partisanen ausfiel) zu suchen sind. Vor dem Hintergrund der drohenden Niederlage muß auch die „paedomasoma" (das Einsammeln von Kindern) gesehen werden, die im Mittelpunkt des Buchs von John Gage steht.

Insgesamt fast 30000 Kinder zwischen drei und 14 Jahren wurden aus den befreiten Gebieten in die sozialistischen Nachbarländer gebracht, um sie vor dem Terror der Reaktion zu schützen. Gages Mutter wurde angeblich nur deshalb zum Tode verurteilt, weil sie sich dieser Aktion in bezug auf ihre eigenen Kinder widersetzt hatte. Tatsächlich beruhte die „paedomasoma" -- so makaber diese Aktion vielleicht auch anmuten mag -- durchaus auf einer realistischen Einschätzung der Brutalität der Konterrevolution. Denn als die während des dritten Bürgerkriegs befreiten Gebiete nicht mehr zu halten waren, kam es dort zu Terror-Exessen der Reaktion. Hunderttausende tatsächliche oder angebliche Anhänger der Befreiungsbewegung wurden deportiert. Und die Monarchofaschisten gingen nun ihrerseits daran, in diesen Gebieten alle Kinder, deren sie habhaft werden konnten, „einzusammeln", um sie in Umerziehungslager zu stecken (die übrigens unter dem Patronat der Königin Friederike standen).

Was in Gages Buch „Eleni" als „rote Flut" kommunistischer Bedrohung dämonisiert wird, ist in Wahrheit ein Musterbeispiel dafür, wie die anglo-amerikanischen Imperialisten in ihrem Einflußbereich mit den innerhalb der Anti-Hitler-Koalition (auch im Jalta-Abkommen) vereinbarten Grundsätzen über eine demokratische Neuordnung in Europa umgingen. Wer sich über die Jahre der unmittelbaren Nachkriegszeit objektiv informieren will, ist glücklicherweise nicht auf Bücher wie „Eleni" oder auf „Spiegel"-Serien angewiesen. Der Verlag Elefanten-Press hat gerade (in der Nachfolge und in der bewährten Aufmachung seiner früheren Bücher „Bikini" und „Che Schah Shit") ein Bilderlesebuch über die späten vierziger Jahre herausgebracht.

Es enthält neben Analysen der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der damaligen Zeit auch Erinnerungen, Romanauszüge usw. Der Schwerpunkt der Beiträge liegt insgesamt auf der Entwicklung in Deutschland; es werden aber auch fundierte Informationen über die meisten anderen vom Faschismus befreiten Länder Europas (darunter auch Griechenland) und andere Länder -- wie etwa Palästina oder Vietnam -- geliefert.

Literatur

Nicholas Gage: Eleni. Scherz Verlag, Bern/München/Wien 1984. 511 Seiten, 36DM
Trümmer Träume Truman. Die Welt 1945—49. Elefanten Press, Westberlin 1985. 200 Seiten, 29,80 DM



Griechische Partisanin

Von Theobald Tiger (Tucholsky)

„Die Weltbühne", 22. Jahrgang, 2.11.1926

Frieren und frieren lassen

In England streiken die Bergarbeiter.
Na, was ist da weiter?
Da müssen die Engländer ihre Kohlen
eben bei uns bezohlen!
Das ist ein altes Gesetz in der Welt:
Deutschland dient Andern gerne. Für Geld.

Was aber jene betrifft, die Briten:
die sitzen inmitten
ihrer Zimmer an einem leeren Kamin,
lesen ein liebliches Magazin...
Nachgeben? Mit Denen da parlamentieren?

Lieber frieren.

Die Minister, aus englischem Pfeifenholz,
bleiben stolz.
Erst der Staat. Dann die Wirtschaft. Dann der Profit.
Wer streikt, ist ein Kommunistenbandit.
Auf die Bergherren drücken? Kapitulieren?
Lieber frieren.

Die Arbeiter hungern. Kinder weinen.
Mutter hat Wasser für die Kleinen.
Nagt selbst an den Nägeln. Schnupft auf.
Wartet geduldig.
Monat für Monat. Bleibt Miete schuldig.
Liegt auf der Straße... Überlegt...
Da! Polizei kommt angefegt.
„Straße frei!" Überlegung vorbei!
Nieder mit der Streikbrecherei!
Nachgeben? Zehn Stunden am Tag?
Desertieren? Lieber hungern und frieren.

So geht das seit einem halben Jahr.
Jetzt wird es kalt. Dezember, Januar...
Und wenn dabei Tausende zu Grunde gehn:
Das ist in Ordnung. Das muß bestehn.
Licht im Ofen und Licht in Kaminen
kann nur scheinen, wenn welche verdienen —
Wärme in Stube und Wärme im Saal:
nur mit Prozenten fürs Kapital!
Oben: Behaglich durchwärmte Zimmer.
Oben: Blitzender Lampenschimmer,
Toast-Röster, Heißluft-Odulieren
Unten:
Frieren.

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 **Stuttgard** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.
KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.